

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Directe Abt. 4.50 Mk. monatl. 1.20 Mk.
 frei ins Haus, barausgablich. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-
 lich 1.50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Litauen
 2.— Mk. für das übrige Ausland
 4.50 Mk. monatlich. Bestellungen sind
 bei jeder Bestellung monatl. 1.50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an. Adre-
 man, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die kleinstmögliche Anzeigenzeile
 60 Wg. „Kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 50 Wg. (gültig
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Wg. Stellenangebote und
 Schlafstellenanzeigen das erste Wort
 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg.
 Forts über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Leihungsverträge 20%
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen
 60 Wg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben
 werden. Erscheint von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 3. Mai 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Wrotisplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Wrotisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das gleiche Wahlrecht abgelehnt!

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner gestrigen Sitzung das gleiche Wahlrecht mit 233 gegen 183 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt, das von der Kommission beschlossene Sieben-Klassenpluralwahlrecht mit 232 gegen 183 Stimmen angenommen.

Nach einem Motto für den Ausgang des gestrigen Tages, der ein schwarzer Tag in der Geschichte Preußens und Deutschlands bleiben wird, brauchen wir nicht zu jagen. Der bisher freikonservative Abgeordnete Graf Nordoff hat es in seiner Rede gegeben: „Das dankbare Vaterland den Kriegsteilnehmern.“

Es ist nicht unsere Absicht, Del ins Feuer zu gießen. Wir schädigen Deutschland in seinem Existenzkampf nicht, trotz aller Herausforderungen der Gegenseite. Aber kein anderer als der stellvertretende Ministerpräsident in Preußen hat die schädlichen Wirkungen, die eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts auf die innere Widerstandskraft des deutschen Volkes ausüben würde, vorausgesagt. Wenn diese Folgen jetzt eintreten, so tragen dafür die Verantwortung allein die, die gestern unbestimmt um alle Warnungen das gleiche Wahlrecht niedergestimmt und als die gestrigen Herren dieses Frühjahrs die Hoffnungen auf eine freiheitliche Neugeburt Deutschlands geknickt und zu Boden geschlagen haben. Mögen sie sehen, wie sie vor der Geschichte mit dieser Verantwortung fertig werden.

Die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht ist größer gewesen, als man erwartet hatte. Nicht nur die Konservativen und Freikonservativen mit verschwindenden Ausnahmen, nicht nur die Hälfte der Nationalliberalen, sondern auch ein recht erheblicher Teil der Zentrumsfraktion hat dagegen gestimmt. Die Mehrheit von über 50 Stimmen zugunsten des Pluralwahlrechts ist ein tatsächlicher, kein moralischer Erfolg der Wahlrechtsgegner. Muß doch immer wieder daran erinnert werden, daß das abstimmende Parlament aus einem Wahlverfahren hervorgegangen ist, das von keiner einzigen Seite mehr als gerecht oder maßgebend anerkannt wird. Selbst der Abgeordnete v. Seydewitz hat zugestanden, daß das Dreiklassenwahlrecht in ungerechtfertigter und einseitiger Weise lediglich das Vermögen betwerte. Abgestimmt hat also gestern keine irgendwie geartete Volksvertretung, sondern eine lediglich als Vertreterin des Geldsacks anzusprechende Körperschaft. Wenn eine solche das gleiche Wahlrecht ablehnt, um so höhere Ehre für dieses.

Moralisch bedeutet also die Abstimmung des Dreiklassenhauses nichts. Tatsächlich aber ist sie ein Ereignis von unübersehbarer Tragweite. Denn dieses Parlament des Geldsacks hat die faktische Macht in Händen und ist gewillt, sie rücksichtslos auszunutzen, obwohl sie selbst ihren Ursprung für ungerecht erklärt.

Für die Regierung, die gehofft hatte, mit diesem Parlament zu einer Einigung zu kommen, bedeutet der gestrige Tag eine schwere Niederlage. Er hätte es freilich nicht zu sein brauchen. Die Ablehnung als solche war diese Niederlage nicht. Den Trost eines Parlaments, das lediglich noch ein juristisches Dasein führt, brauchte keine Regierung tragisch zu nehmen. Sie hätte nur darauf erwidern müssen: „Nun werden wir euch einmal zeigen, daß ihr ja im Grunde gar nichts weiter seid als 443 unmaßgebliche Herren, die nichts hinter sich haben als ein antiquiertes papiernes Recht. Gegen dieses Recht aber haben wir ein Gegenrecht, das Recht der Auflösung. Und wenn wir von diesem Gegenrecht Gebrauch machen, dann fällt eure Ehemacht in Nichts zusammen, dann enthüllt sich die schwache Grundtöne eurer Macht und mit ihr zerbricht euer Widerstand. Wir lösen das Abgeordnetenhaus auf.“

Das mußte die Antwort der Regierung sein. Wenn je von einem bösen Feind, so galt von diesem der Satz: „Ein Wörtlein kann ihn fällen.“

Die Regierung hat dieses Wort nicht gesprochen, und deshalb war der gestrige Tag ihre Niederlage. Ob die Regierung ihren letzten und besten Krampf überhaupt auszuspielen wird, das läßt sich nach der gestrigen Erklärung Friedbergs immer noch nicht sagen, aber jedenfalls will sie bis zur dritten Lesung warten. Bis dahin sollen die Verhandlungen hinter den Kulissen immer noch weitergeführt werden, und durch Angebote abermaliger Sicherungen zu den schon gegebenen hofft man, noch einige Duzend Spröder Herzen zu erweichen.

Aber durch die gestrige Abstimmung ist der Regierung diese Aufgabe nicht erleichtert worden. Die Mehrheit von über 50 Stimmen wird den Wahlrechtsgegnern den Stamm schwellen lassen. Falls sie sich überhaupt auf das Sicherungsangebot der Regierung einlassen, werden sie wahrscheinlich Bedingungen solchen Kalibers stellen, daß mit ihrer Hinzufügung die Wahlrechtsvorlage das Interesse der ehrlichen Wahlrechtsfreunde verlieren

wird. Das Wählen ist kein Selbstzweck, an einem Parlament des gleichen Wahlrechts, das nur reden, aber nichts beschließen darf, kann der Demokratie nichts gelegen sein.

Natürlich wird die Sozialdemokratie die Resultate der Verhandlungen bis zur dritten Lesung erst abwarten, ehe sie endgültig zu ihrer Stellung nimmt. Aber unter Vertrauen zu einer annehmbaren und günstigen Entwicklung der Dinge ist außerst gering. Wir glauben nicht, daß die Regierung einen Weg finden wird, der die Aussichten der Wahlreform bis zur dritten Lesung bessert, es sei denn, daß sie ihren bisherigen Versicherungen untreu wird.

Durch ihre abwartende Haltung gewinnt die Regierung also nur sehr unbestimmte und zweifelhafte Aussichten. Dagegen trägt sie ihr heute einen zweifelhaften Verlust ein: das Vertrauen des Volkes zu ihrer Aufrichtigkeit in der Wahlrechtsfrage mindert sich in dem Maße, wie sie die Auflösung des Abgeordnetenhauses hinausschiebt.

Auch die deutsche Sache wird durch das Zögern der Regierung nicht gefördert. Wäre die Auflösung der Ablehnung erfolgt wie der Donner dem Blitz, so wäre das Gefühl der Unlust über diese Abstimmung im ganzen Volke verdrängt worden durch das der Befreiung. Man hätte sich gesagt, daß diese Abstimmung den Fall einer unbelebten Reaktion und den Sieg der deutschen Freiheit nur beschleunigt. Mit Recht ist die Regierung von vielen Seiten darauf hingewiesen worden, daß niemand sagen könne, wie lange dieser Krieg noch dauern und welche Prüfungen er dem Volke noch auferlegen wird. Ein paar Wochen rosaroten Optimismus hoben die Einsichtigen nicht blenden können. Selbst im Osten beginnt der eben entwölkte Horizont sich von neuem bedrohlich zu umziehen. Im eigensten Interesse muß die Regierung sich sagen, daß sie die Stimmung des Volkes braucht, die ein Redner des gestrigen Tages mit den Worten kennzeichnete: „Der einzelne muß auch wissen, daß er wirklich für sein Land kämpft.“

Jeder Tag, um den die Regierung die Auflösung des Dreiklassenhauses verzögert, hilft diese Stimmung erschlagen. Noch hat die Regierung es in der Hand, das Versäumnis nachzuholen. Unterläßt sie es, so ladet sie eine schwere Verantwortung auf sich.

Für die Arbeiterklasse aber heißt es, ganz gleich was die Regierung tun wird, für kommende schwere Kämpfe

bereit zu sein, für Kämpfe um Deutschlands Glück und Zukunft.

Aus dem Abgeordnetenhaus wird uns geschrieben:
 Das Ergebnis der Abstimmung über den entscheidenden § 3 des Wahlgesetzentwurfs kam nicht überraschend. Daß das gleiche Wahlrecht abgelehnt werden würde, stand nach dem Verlauf der Debatte fest. Wesentlich war man nur auf die Stimmzahl und auf die Haltung des Zentrums. Herr Dr. Vorsch hatte erklärt, daß nur ein kleiner Teil seiner Freunde gegen das gleiche Wahlrecht stimmen würden. Wenn man bedenkt, daß nicht weniger als 15 Zentrumsabgeordnete offen dagegen votierten, daß weitere 4 sich der Stimme enthalten und etwa ein halbes Duzend gefehlt haben, so wird man sich sagen müssen, daß es sich bei den Gegnern des gleichen Wahlrechts in der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses nicht um einen kleinen Teil, sondern um ein Fünftel bis ein Viertel der Fraktion handelt. Die Aussichten auf eine Verständigung bis zur dritten Lesung sind dadurch nicht gerade günstiger geworden.

Und doch hat die Regierung noch nicht jede Hoffnung aufgegeben; sie zieht zwar, wie aus der Erklärung Friedbergs hervorgeht, die Auflösung in den Bereich der Möglichkeiten, einstreifen aber will sie noch Verständigungsversuche unternehmen. Mit welchem Erfolge, bleibe dahingestellt. Nach der Antwort, die der Konservativ v. d. Osten dem ehemals Freikonservativen v. Nordoff auf seine von seinem Standpunkte aus zweifellos sehr kluge und politisch bedeutsame Rede erteilte, kann man sich von solchen Versuchen nicht allzuviel versprechen.

Wir halten es für nötig, diejenigen Mitglieder der Zentrumsfraktion, die den Gegnern des gleichen Wahlrechts mit zum Siege verholfen haben, öffentlich bekanntzugeben. Gegen das gleiche Wahlrecht haben folgende Zentrumsabgeordnete gestimmt: Graf Droste zu Vischering, Graf v. Schamberg, Freyherr v. d. Hagen, Graf Henkel v. Donnermarck, Freyherr v. Roe, Lorenz, Reinhard, Freyherr v. Reichenstein-Bilgramsdorf, Graf v. Strachwitz-Verleibsdorf, Graf v. Strachwitz-Roschitz, Freyherr v. Wolff-Metternich, Graf Zietzen, Brodmann.

Der Abstimmung enthalten haben sich vom Zentrum die Abgeordneten Friese, Underberg, Dr. Voentich und Klum. Von den Freikonservativen stimmten mit Ja außer dem Abg. v. Nordoff nur die Abg. Dr. Wagner, Dr. Trendel, Dr. Wradl, während Freyherr v. Jedlich, der bekanntlich auch für das gleiche Wahlrecht ist, am Erscheinen verhindert war. Die Spezialberatung geht am Freitag weiter.

Gegenrevolution in der Ukraine.

Kiew, 1. Mai. Die hier eingetroffene Gaunerdeputation hat die bisherige Kadaregierung gestürzt, und es ist eine neue Regierung in Bildung begriffen. Die aus Anlaß des Falles Dobryn verhafteten ukrainischen Beamten sind inzwischen wieder freigelassen worden.

In der Ukraine schiebt die Weltgeschichte Purzelbäume. Gestern Meldung, daß Mitglieder der ukrainischen Regierung „im Einvernehmen mit dem deutschen Gesandten“ eingesperrt worden sind, heute Nachricht: Sie sind wieder freigelassen worden, aber sie haben aufgehört Minister zu sein. Die Kadaregierung ist gestürzt, eine Regierung von „Gaunerdeputierten“ eingesetzt. Beide Ereignisse, die Verhaftung und die Konterrevolution, stehen in gar keinem Zusammenhang miteinander, und die Deutschen haben sich in den inneren Kampf nicht eingemischt.

Das Militärische in dieser Angelegenheit kann ruhig beiseite gelassen werden, es handelt sich um eine politische Sache, für die die Regierung verantwortlich ist. Zunächst der Gesandte des Deutschen Reiches bei der ukrainischen Regierung, Herr Mumm von Schwarzenstein. Wie kommt dieser Mann dazu, sein „Einvernehmen“ damit zu erklären, daß der ukrainische Kriegsminister verhaftet wird? Das steht ihm ebenso wenig an, wie es z. B. Herrn Noffe anstünde, sein „Einvernehmen“ damit zu erklären, daß der preussische Kriegsminister verhaftet werden sollte. Die Verhaftung eines Ministers durch seine eigenen Landsleute ist ein innerpolitischer Akt, seine Verhaftung durch Angehörige einer fremden Macht ist eine feindliche Handlung. Der Gesandte ist aber dazu da, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu der Regierung zu pflegen, bei der er akkreditiert ist, nicht aber dazu, ihre Verhaftung mit zu veranlassen. Eher hat er seine Pässe zu fordern.

Das Verhältnis zwischen der deutschen und der ukrainischen Regierung war nun nicht nur ein freies feierliches Verhältnis begründetes Friedensverhältnis, sondern es war mehr. Ein Bündnisverhältnis, um die bestehende Regierung vor einem weiter nach links zielenden Umsturz zu schützen.

Diese Regierung nannte sich selbst sozialdemokratisch, wir gestehen aber, daß wir für ihr etwas künstliches Gebilde nie besondere Sympathien hatten und daß wir eine deutsche Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine zu ihren Gunsten nicht wünschten.

Die deutsche Regierung hat ihrem ukrainischen Schilling oder Bundesgenossen den Kampf gegen den Bolschewismus führen geholfen, hat sich aber mit ihm alsbald aus noch nicht ganz geklärten Gründen wieder entzweit und hat jetzt nicht die Hand gerührt, um ihre gewalttätige Ersetzung durch eine neue Regierung zu verhindern. Diese neue Regierung wird man nun bis auf weiteres als die „deutschfreundliche“ zu betrachten haben, nachdem die frühere aufgehört hat, dies zu sein, und man wird sich nicht wundern, wenn sie sich demnächst aus freiem eigenem Entschluß, wie das in solchen Fällen selbstverständlich ist, für die konstitutionell-monarchische Staatsform mit einer gebürigen Aulehnung an die Mittelmächte entschließen sollte. Und was ist's weiter? Ein Projekt!

Ernst gesprochen, die Dinge im Osten sind trostlos. Der Frieden, der dort geschlossen wurde, ist ein wahrer Abschredungsfrieden für die Geaner geworden, die mit uns noch im Kampfe stehen. Mit Rußland vereinbart man, daß Estland und Livland unter seiner Oberhoheit bleiben sollen, und drei Wochen darauf will man eine Personalunion dieser Länder mit Preußen wohlwollend prüfen. Der ukrainischen Regierung verspricht man Unterstützung und läßt sie, nachdem einige ihrer Mitglieder für einen Tag eingesperrt wurden, gewaltlos stürzen, ohne mit der Wimper zu zucken. War es wirklich eine deutsche Aufgabe, die aus den Tugenden gegangene Welt im Osten nach preussischen Rezepten wieder einzurichten — eine Aufgabe, in der man sich bisher mit tragikomischem Mißerfolg betätigt hat — oder gab es für uns vielleicht doch Wichtigeres zu tun?

Gewiß möchten wir alle gerne Brot aus der Ukraine haben, aber die Kunststücke, die man macht, um es zu erlangen, sind doch sehr bedenklicher Natur. Wir sehen einseitig nur den ungeheuren politischen Schaden, der da angerichtet wird, aber noch kein Stück Brot, das durch sie beschafft werden soll. Wir leben desto deutlicher, daß die

Deutsche Politik in der Ukraine die Revolution bekämpft und die Konterrevolution unterstützt.

Am Sonnabend soll die Regierung im Hauptauschuss über diese Vorgänge befragt werden. Möglich, daß sie erklärt, sie könnte für dies alles nichts. Man kann dann nur sagen: Desto schlummer!

Die Vorgänge in der Ukraine vor dem Reichstage.

Im Haushaltsausschuss brachte am Donnerstag Gen. Ebert vor Eintritt in die Tagesordnung die Vorgänge in der Ukraine zur Sprache. Die amtlichen Berichte über das Vorgehen des Generals v. Eichhorn stehen, so führte er aus, nicht im Einklang mit Nachrichten, die von anderer Seite gekommen sind und deren Veröffentlichung von der Zensur unterdrückt wird. Diese Vorläufer sind um so befremdlicher, als wir nach dem Wortlaut des Friedensvertrages mit der Ukraine in Frieden und Freundschaft leben wollen. Ebert ersuchte schließlich den Vorsitzenden, den Reichskanzler zu veranlassen, baldmöglichst Auskunft zu geben.

Der Ausschuss erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Am Schlusse der Sitzung teilte dann der Vorsitzende mit, daß der Kriegsminister und der Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt bereit sind, am Sonnabend im Ausschuss zu erscheinen, um über die besagten Vorgänge sich zu äußern. Die Abg. Geisberger und Ebert forderten ganz energisch, daß der Reichskanzler selbst erscheinen möge, denn weder der Kriegsminister noch der Unterstaatssekretär trügen eine staatsrechtliche Verantwortung. Dieses Verlangen, dem auch von anderer Seite beigetreten wurde, wurde dem Kanzler sofort übermittelt. Er oder sein Stellvertreter, Herr v. Bayer, wird am Sonnabend im Ausschuss erscheinen.

Zufuhren aus der Ukraine.

Amlich meldet Wolffs Bureau:

Die bereits bekannt, haben die Mittelmächte in den letzten Tagen mit der Regierung der Ukraine Verträge über die Lieferung von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln und Saaten, ferner von Eiern und Schlachtvieh abgeschlossen. Die von der ukrainischen Regierung und den Mittelmächten in der Ukraine für die Aufbringung und den Abtransport geschaffene Organisation beginnt, wie wir hören, bereits zu arbeiten. Nach telegraphischen Meldungen aus Wien sind in den letzten Tagen etwa 2 Millionen Zentner Getreide und Futtermittel zur Verfügung der Mittelmächte gestellt worden. Nicht unerhebliche Mengen haben bereits die Grenze passiert: in den letzten Tagen sind etwa 1200 Waggons Lebensmittel aller Art über die sogenannte trockene Grenze zu den Mittelmächten herangekommen. Von den ersten Lieferungen wird mit Rücksicht auf die zurzeit in Oesterreich bestehenden Ernährungsschwierigkeiten der größere Teil Oesterreich belassen werden. Denn da die ungarische Ernte erheblich früher herangebracht wird als die deutsche, somit Oesterreich-Ungarn schon in einigen Wochen sich selbst helfen kann, haben sich die Mittelmächte untereinander dahin geeinigt, die ersten Anflüsse zum größeren Teile Oesterreich-Ungarn zu überlassen, während dafür

im Juni und Juli der größere Teil nach Deutschland

kommt. Aber auch von den ersten Lieferungen sind bereits Sendungen über die Landgrenze nach Deutschland unterwegs. Insbesondere werden die über das Schwarze Meer in Braila eintreffenden Ladungen von Getreide und anderen Lebensmitteln bis auf weiteres ausschließlich Deutschland zugeführt werden. Inzwischen sind in Braila bereits 30 000 Zentner Getreide eingetroffen, die mit der Eisenbahn nach Deutschland unterwegs sind.

Es zeigt sich also, daß die von den Mittelmächten für die Versorgung aus der Ukraine getroffenen Einrichtungen anfangen zu arbeiten. Es ist zu hoffen, daß aus dieser Quelle bald größere Mengen von Lebensmitteln in Deutschland eintreffen werden. Ob diese Hoffnung sich erfüllt, hängt in erster Linie davon ab,

wie sich die politischen Verhältnisse in der Ukraine gestalten

und ob es gelingt, die äußerst schwierigen Fragen der Finanzierung unserer Anflüsse und des Transportes der großen Warenmengen befriedigend zu lösen. Die in diesen Richtungen möglichen Schritte sind getan.

Die Lage an der westlichen Schlachtfront.

Berlin, 2. Mai. (W. Z. N.) Am 1. Mai steigerte sich von Mittag ab gegen die Front nördlich Dorf Kemmel bis westlich Drauxeter die feindliche Artillerietätigkeit erheblich. Erkante Truppenbewegungen und Aufstellungen wurden unter weitestgehendem Beschützungsgeschütz genommen. Die deutsche Führung hat die Initiative und die operative Armfreiheit. Ihr kann es gleichgültig sein, ob die eigene Linie einige hundert oder tausend Meter weiter rückwärts verläuft. Dagegen müssen Engländer und Franzosen bei jedem deutschen Vorstoß fürchten, die in sicherer Arbeit neu geschaffenen Stellungen wieder zu verlieren. Ihre Operationsarmee, die zum einseitigen gewaltigen Gegenstoß bestimmt war, muß in lokalen Kämpfen sowohl in Flandern, wie vor Amiens, an der Aisne und an der Duse divisions- und bataillonsweise veräußert werden und verbluten. Damit ist schon jetzt die Fesselung der Hauptmasse der feindlichen Heere an einer von der deutschen Führung gewollten Front erreicht.

Englischer Bericht vom 1. Mai abends. Die feindliche Artillerie war heute gegen das rückwärtige Gebiet in der Nähe von Wéthune tätig und beschloß festig die französischen Stellungen im Abschnitt von Loker. Von der übrigen Front ist nichts zu melden, außer der üblichen Artillerietätigkeit und örtlichen Zusammenstößen auf beiden Seiten. Die Zahl der von den britischen Heeren in Frankreich im März 1918 gemachten deutschen Gefangenen beträgt 1001, darunter 59 Offiziere. Im April wurden ferner 5241 Gefangene, darunter 138 Offiziere, von uns gemacht. In diesen Zahlen sind nicht die von den Franzosen gemachten Gefangenen enthalten.

Französischer Heeresbericht vom 1. Mai abends. Vom Verlaufe des Tages ist nichts zu melden außer ziemlich lebhaftem Geschützfeuer in der Gegend nördlich von Montdidier.

Bern, 1. Mai. Vargini meldet im "Corriere della Sera", für den Fall der Preisgabe des Iperndogens würden Ueberschwemmungen den feindlichen Vormarsch hindern. Die Alliierten beschränkten sich heute darauf, die allerwichtigsten Punkte zurückzuerobern.

Deutschland und Holland.

Haag, 2. Mai. Das Korrespondenzbureau teilt nach Anfrage beim Ministerium des Aeußeren mit, daß über den Stand der Verhandlungen zwischen der niederländischen Regierung und der deutschen nichts mitgeteilt

Artilleriekämpfe im westlichen Schlachtgebiet — Besetzung von Sebastopol.

Berlin, 2. Mai 1918, abends. Amlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Amlich. Großes Hauptquartier, 2. Mai 1918. (W. Z. N.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

An den Schlachtfronten ist die Lage unverändert. Der Artilleriekampf war im Abschnitt des Kemmel-Berges gesteigert. Auch zwischen Somme und Luce-Bach, bei Montdidier, Passigny und Royon lebte er vielfach auf. Im übrigen blieb die Geschütztätigkeit auf Erkundungen beschränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front war die französische Artillerie in den Nachmittagsstunden reger. Kleinere Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Osten. Ukraine.

Vor Sebastopol brachen wir feindlichen Widerstand. Die Stadt wurde am 1. Mai kampflos von uns besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 2. Mai 1918. Amlich wird verlautbart: Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

werden kann, als daß die Verhandlungen noch im Gange sind.

Ueber die Verhandlungen erfährt das „Handelsblatt“ aus guter Quelle, daß in der Sand- und Kiesfrage bereits in dem Sinne eine Einigung erzielt worden sei, als ohne vorherige Unterfuchung beschränkte Mengen Sand und Kies einzig und allein auf die Erklärung der deutschen Regierung hin, daß das durchgeführte Material nicht für militärische Zwecke gebraucht werde, ihren Weg durch holländische Gebiete nehmen können. Betreffs des Transportes über die Eisenbahnlinie in Limburg seien seit einigen Tagen nähere Besprechungen in Berlin zwischen dem holländischen Gesandten und der deutschen Regierung im Gange. Militärpersonen und Munition sollen nicht befördert werden, jedenfalls wird man sich darüber noch einigen. Die Schwierigkeiten bezüglich des Transportes von Lebensmitteln für die Truppen sind zwar noch nicht beseitigt; man hofft aber, zu einer Uebereinstimmung zu kommen.

Die Sowjets für Trozkis Milizplan.

Amsterdam, 1. Mai. „Allgemein Handelsblatt“ erfährt aus London vom 30. April: Der Vollzugsausschuß des allrussischen Sowjetkongresses in Moskau hat Trozkis Plan, zu einer allgemeinen Militärausbildung aller männlichen Personen zwischen 16 und 40 Jahren sowie zur Dienstpflicht für alle Arbeiter und Frauen überzugehen, angenommen.

Das große Geschäft hat die Gegend von Paris wieder beschossen. Drei Frauen wurden leicht verwundet.

Ernährungskonferenz der Alliierten. Rom, 30. April. (St. Jan.) Gestern wurde hier die zweite Tagung der wissenschaftlichen interalliierten Ernährungskonferenz eröffnet, die bereits vom 25. bis 29. März in Paris Beratungen abgehalten hatte. Die Arbeiten der Konferenz werden mehrere Tage dauern.

Deutschenprozeß in San Franzisko. Die Deutschen, früherer Generalkonsul Wopp und v. Schad wurden jeder zu der Höchststrafe von zwei Jahren Zuchthaus und 10 000 Dollar Geldstrafe verurteilt wegen Verletzung der Neutralität der Vereinigten Staaten durch Geheimbündelei zwecks Ausrüstung einer Verschwörung in Indien.

Der frühere deutsche Militärattaché v. Brinden wurde zu zwei Jahren Gefängnis, der Agent des Norddeutschen Lloyd, Capelle, zu 15 Monaten Gefängnis, die anderen Angeklagten zu geringeren Strafen verurteilt.

Unpfindbarkeit von Teuerungszulagen.

In der Donnerstagsitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. Der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Aenderung der Verordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. 3. 1917, 2. der Entwurf einer Verordnung über die Unpfindbarkeit von Kriegsbekleidungs- und Teuerungszulagen.

Getränkesteuern.

Der zur Vorbereitung der Entwürfe der Getränksteuer einberufene Ausschuss trat in seiner Sitzung am Donnerstag in eine Generaldiskussion des Biersteuerentwurfs ein.

Von sozialdemokratischer Seite wird die auf einen Zeitraum von 10 Jahren vorgesehene Kontingentierung der Produktion für bedenklich bezeichnet, weil durch diese eine Hemmung technischer Fortschritte und kaufmännischer Fähigkeiten herbeigeführt werden kann, der Entwurf selbst für unannehmbar bezeichnet. Die Redner anderer Parteien ohne Ausnahme traten für die Kontingentierung ein.

Der finanzielle Effekt wird unter den gegebenen Verhältnissen ein sehr minimaler, die Schädigung des gesamten Brauergewerbes eine große sein.

Branntweinmonopol.

Der Reichstagsausschuss begann seine Verhandlung am 2. Mai. Bei § 1 wurde die Frage der Ausdehnung des Monopols erörtert. Von der sozialdemokratischen Partei wurde beantragt, das Monopol auch auf die Produktion auszuweihen, im Gegensatz zu der Vorlage, die nur ein Handelsmonopol vorsieht. Ferner wurde die Branntweinherstellung aus Getreide, Hafer oder Gerste bekämpft und die weitere Entwicklung chemischer Herstellung von Branntwein befürwortet. Die endgültige Stellungnahme zum Monopol behalte sich die sozialdemokratische Fraktion vor, da für sie die Gestaltung des Gesetzentwurfes entscheidend sein wird. Der Antrag fand bei den bürgerlichen Parteien keine Unterstützung.

Oberregisseur Ballin.

Sceeschiffahrt und Uebergangswirtschaft.

Ein eigentümlicher Zusammenstoß ereignete sich in der Kommission für Handel und Gewerbe. Der Ausschuss sollte die Vorlage über die Verteilung des Schiffsraums der Kauf-

fahrtschiffe am 2. Mai weiter beraten. Die Sitzung erfuhr aber zunächst eine Unterbrechung aus folgender Ursache. Diejenigen Redner, die mit der geplanten Regelung nicht einverstanden sind — es handelt sich besonders um Herrn Vallin und seinen Anhang —, hatten ein Telegramm an den Vorsitzenden der Kommission gerichtet, aus dem Herr Müller (Kulda) den Antrag herleitete, die Beratung der Vorlage so lange zu vertagen, bis die Herren Vallin und Guldermann, die Leiter der großen Schiffsahrtsgesellschaften, noch einmal gehört worden sind. Der Antrag rief eine sehr scharfe Debatte hervor. Es wurde als eine ganz ungewöhnliche Forderung bezeichnet, die Verhandlungen abzuhalten, bis sich die Interessenten mit der Regierung geeinigt hätten; denn darauf laufe die Sache hinaus. Das hieße aber die gesetzgebende Körperschaft, welche die allgemeinen Interessen wahrzunehmen habe, völlig ausschalten. Von sozialdemokratischer Seite stellte man die meisten bürgerlichen Vertreter gestellten Verlangen gegenüber die Behandlung der Arbeiterinteressen. Wenn bisher Arbeiter kamen und ihre Wünsche vor Gesetzung gesetzlicher Maßnahmen zur Geltung bringen wollten, auf so direktem Wege wie hier, so wurden sie bisher glatt abgewiesen. Es sei selbstverständlich, daß, wenn jetzt dem Verlangen der Redner zugestimmt werde, in konkreten Fällen auch den Arbeitern das gleiche Recht gewährt werden müsse.

Man einigte sich dann dahin, am Freitag, nachmittags 5 Uhr, eine private Besprechung zwischen den Kommissionsmitgliedern und den Rednern anzusetzen.

Ein Polenvernichter.

Der „Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden“ hielt gestern abend im Abgeordnetenhause eine Versammlung ab, in der Kleinow die Polenfrage auf seine Art „löste“.

Die Polen scheinen sich stark genug zu fühlen, im Gegensatz zu deutschen Interessen einen eigenen Staat bilden zu wollen. Diesem Willen gegenüber gibt es keine Verständigung. Die Polen leben noch heute in dem Wahne, mit Hilfe der Entente das Resultat des Dreierfriedens zu ihrem Gunsten zu forrgieren; das beweise die Dreistigkeit des Warschauer Regenschattens, mit Wilson in Verbindung zu kommen. Auch der allgemeine demokratische Jug des Slaventums mache den Kampf gegen die Polen unvermeidlich. Die Tatsache, daß gestern Unter den Linden die Fahne der Revolution aufgehängt werden durfte, mahnt die deutsche Regierung, diese schwere Gefahr nicht zu verkennen. Polen muß wirtschaftlich so eng mit Mitteleuropa verknüpft werden, daß ihm der Gedanke an Selbständigkeit für immer vergeht!

Nachdem der Redner noch an Oesterreich die bescheidene „Bitte“ gerichtet hatte, die Fänger von der ganzen Polenfrage zu lassen, diese als rein deutsche zu betrachten und seine Interessenpolitik an der Adria zu treiben, löste sich die Versammlung zu allgemeinem Wohlgefallen auf.

Auffläge zum Wahlrechtskampf. Die Fortschrittliche Volkspartei erklärt einen Aufruf an ihre Organisationen, ungeachtet für die Kampfbereitschaft mit Hinsicht auf den bevorstehenden Wahlrechtskampf zu sorgen. Es geht um Preußens Zukunft.

Das Verwundetenabzeichen. Eine amtliche Bekanntmachung weist darauf hin, daß das Verwundetenabzeichen nicht nur für Kriegsteilnehmer bestimmt ist, die durch feindliche Einwirkung verwundet wurden; es wird auch allen ehemaligen Angehörigen mobiler Verbände verliehen, wenn sie infolge der Strapazen dieses Krieges Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben und infolgedessen aus dem Heeresdienst ausgeschieden sind. Anträge der ehemaligen Kriegsteilnehmer auf Verleihung des Abzeichens sind an das zuständige Bezirkskommando zu richten unter Angabe des letzten Truppenteils.

Letzte Nachrichten.

Japanische Beruhigungserklärung. — Die Sehnsucht der Lokalisten in Sibirien.

Tokio, 2. Mai. Baron Goto, der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, er begrüße die Gelegenheit, durch Reden zu erklären, daß die Annahme vollkommen unbegründet ist, unsere Regierung habe ihre Politik geändert oder sei ihren Verpflichtungen minder treu, weil einzig infolge der belagerten Verstrankung des früheren Ministers der Neuheren ein Personenwechsel stattgefunden hat. Japan ist seinen Verpflichtungen und seinen Freunden immer treu, was der leitende Grundpfeiler unserer auswärtigen Politik ist. Zunächst haben wir den Angelpunkt des englisch-japanischen Bündnisses, sodann unsere Verpflichtungen mit den Vereinigten Staaten und anderen, hauptsächlich die im Oktober in Washington zwischen Lansing und Tshii ausgetauschten Noten, unsere langwährenden Freundschaften mit den verbündeten Mächten und auch den aufrichtigen Wunsch nach guten Beziehungen zu unseren Nachbarn Rußland und China. Wir suchen die volle Zusammenarbeit mit China zum Vorteil beider. Was die Forderung weniger britischer und japanischer Seeleute in Vladivostok anbelangt, so ist ihre Bedeutung maßlos übertrieben worden. Japan hat nicht einen Augenblick die Ausbreitung feindlicher Einflüsse in Ostibirien aus den Augen verloren noch auch die Tatsache, daß Rußland eine Macht ist, die sich bemüht, die zeitweilig aus der Ordnung geratene Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen. Japan muß dieses Werk der Reorganisation ermutigen und unterstützen.

Amsterdam, 2. Mai. Aus Shanghai wird der „Times“ gemeldet: Die „North China Daily News“ veröffentlicht eine Reihe Artikel, in denen nachdrücklich eine kräftige Aktion der Alliierten in Sibirien gefordert wird. Alle Berichte aus Sibirien geben zu erkennen, daß die Lokalisten in Sibirien die Hilfe der Alliierten herbeisehnen, da sie sonst den Roten Garden nicht widerstehen könnten.

Ein neuer Straßenraub.

Im 46 000 Mark in Papiergeld bevonnt wurde gestern nachmittags der Postschaffner Roman Demu, der auf dem Postamt am Arnswolder Platz beschäftigt ist. Demu erhielt den Auftrag, 46 000 M. in einer schwarzen Aktentasche von seinem Amt nach dem Postamt in der Marienburger Straße zu bringen. Er trug die Tasche fest unter dem Arm. An der Ecke der Altenheimer und Postenstraße warf ihm plötzlich ein junger Mann Pfeffer in die Augen, rief ihm, bevor er zu Besinnung kam, hintertrück zu Boden, räumte ihm die Altenstraße, schwang sich mit der Waise auf sein Fahrrad, entloß durch die Posten- und Weißwälder Straße nach Weiskenssee zu und entkam, obgleich auf die Hilferufe des Beraubten seine Verfolgung sofort aufgenommen wurde. Nach den Beschreibungen, die Augenzeugen von dem Räuber geben, sieht er etwa im Anfang der vierziger Jahre. Er ist etwa 1,75 Meter groß und schlank, hat einen Anzug von schwarzem Sammet und trug einen gekniffen weichen grauen Felpau, eine grüne Kappe, eine schwarze Doje und schwarze Stiefel. An der linken Wade hat er in der Nähe des Chres eine taubeneigroße Geschwulst. Der Polizeipräsident hat auf die Ergreifung des Flüchtigen eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Die Postverwaltung sichert für die Wiederbeschaffung des geraubten Geldes eine hohe Belohnung zu. Die Ermittlungen leitet Kriminalkommissar Liebermann v. Sonnedeberg, der im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums zweidienliche Angaben entgegennimmt. Die geraubte Tasche ist eine große schwarze ledrerne Aktentasche.

Reichstag.

156. Sitzung. Donnerstag, den 2. Mai, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratssitz: Kommissare. Die Beratung des

Arbeitskammergesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Brandes (U. Soz.):

Wer glaubt hat, die Regierung werde im Hinblick auf die ungeheuren Blutopfer der Arbeiter in sozialer Hinsicht entgegenkommen, hat sich schwer getäuscht. Statt einer Arbeiterkammer bietet man ihnen Arbeitskammern, in denen die Arbeitgeber herrschen. Die berufliche Gliederung der Kammer ist ganz unangebracht und ungewöhnlich, in solchen Organisationen soll das Gegeninteresse der Arbeiter wahrgenommen werden. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Die Arbeitskammern sollen dem sozialen Frieden dienen, sagt man. Nach dem Kriege werden die Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern noch viel heftiger werden. In ihrer Bildung könnten vernünftig eingerichtete Organisationen der Art, wie sie uns jetzt beschäftigen, beitragen. Sie müssen dann aber ganz anders eingerichtet werden. (Wohol bei den U. Soz.)

Abg. Nowik (Kos.): Die Vorlage ist zu begraben, doch muß sie in einer Reihe von Punkten abgeändert werden. Die territoriale Gliederung hat der berufliche ist zu verlangen, die Kosten der Arbeitskammern muß das Reich tragen, vor allem müssen die Landarbeiter in das Gesetz einbezogen werden.

Abg. Siebel (Soz.):

Soll die Vorlage wirklich dem sozialen Frieden dienen, so bedarf das Einigungsweesen einer gründlichen Umarbeitung. Die Frage der Angestellten- und Arbeiterausschüsse muß schon in dieses Gesetz hineingearbeitet werden. Der Staatssekretär erklärte, über diese Frage schweben Erwägungen. Das heißt doch nur, daß starke Einflüsse gegen sie arbeiten, und wir wissen ja, daß die Unternehmer mit aller Macht sich gegen Angestelltenausschüsse wenden. Um so mehr hat der Reichstag Verantwortung, die Frage jetzt schon bei diesem Gesetz endgültig zu regeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Versprechen der Schaffung von Angestelltenkammern bezüglich der Angestellten nicht; sie fürchten, sie könnten alt werden, wie Reichskriegsleute, ehe die Vorlage kommt. Und wenn sie wirklich kommt, wie wird sie aussehen? Die Vorlage behauptet, die Angestellten stellen eine Mittelschicht zwischen Arbeiter und Unternehmer dar. Für die große Masse der Angestellten trifft das zweifellos nicht zu. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 88 Proz. der Angestellten befinden sich in der gleichen Klassenlage wie die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); dabei doch 71 Proz. aller Privatangestellten ein Jahres Einkommen von weniger als 2000 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie das „Mittelglied“ zwischen Unternehmer und Arbeiter behandelt wird, zeigen die

Vorgänge bei der Firma Löwe u. Co., die trotz ihrer phantastischen Kriegsgewinne den Angestellten weder ausreichende Gehälter, noch angemessene Teuerungszulagen zahlt, und dem angestellten Schlichtungsausschuss erklärte, alle unzufriedenen Angestellten könnten den Abschiedschein erhalten; dabei hatte die Firma mit allen andern für diese Angestellten in Groß-Berlin in Betracht kommenden Firmen ein Abkommen geschlossen, keinen Angestellten auch mit Abschiedschein einzustellen, ohne Einwilligung der Firma, von der der Angestellte kommt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Zu ihrem eigenen Schutz darf man also die Angestellten nicht aus dem Rahmen der Allgemeinen Arbeitskammern herausnehmen. Auch aus dem Gesichtspunkt der Sozialämter, ferner wegen der Vereinfachung des Wahlverfahrens empfiehlt es sich, hier keine künstliche Trennung zwischen Angestellten und Arbeitern zu schaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rudloff (Z.): Die Angestelltenchaft, die sich immer härter entwidelt, hat ganz andere Aufgaben im Wirtschaftskrieg als die Arbeiterschaft und sollte daher nicht mit dem Arbeiterstand zusammengefaßt werden, man würde ihre selbständige Entwicklung dadurch erschweren.

Abg. Marquardt (noll.): Entgegen den Ausführungen des Abg. Siebel bemerke ich, daß die Arbeitgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die größte Organisation der Handelsangestellten, die 600 000 Handlungsgehilfen umfaßt, sich für besondere Angestelltenkammern ausgesprochen hat.

Die Debatte schließt. Der Entwurf wird einem Ausschuss von 21 Mitgliedern überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des

Gaushalts des Reichswirtschaftsamts.

Abg. Dr. Meyer-Kaufmann (Z.): Wir sind dem Bislangler dankbar, daß er so kräftig für die freie Wirtschaft nach dem Kriege eingetreten ist. Wenn wir unsere Stellung in der Weltwirtschaft wieder erlangen wollen, muß unsere Industrie konkurrenzfähig sein. Notwendig ist nach dem Kriege ein besonderer Schutz des Mittelstandes, den schließlich wieder aufzurichten eine Hauptaufgabe des Reichswirtschaftsamts sein muß. Glänzend bewährt hat sich im Kriege unsere Landwirtschaft, und die Politik, die in ihrem Schutz eine Lebensaufgabe sah, hat sich glänzend bewährt. (Sehr wahr! richtig und im Zentrum.) Auch nach dem Kriege muß die deutsche Landwirtschaft zu dauernden Höchstleistungen in den Stand gesetzt werden. Glänzend bewährt hat sich auch im Kriege unsere Sozialpolitik, und sie muß unbedingt fortgeführt werden. Wie werden die Forderungen der christlichen Gewerkschaften mit größtem Wohlwollen erfüllt. (Zustimmung im Zentrum.) Die wichtigste Aufgabe des Reichswirtschaftsamts ist die Ueberleitung unserer Wirtschaft in die Friedenswirtschaft. Für diesen Uebergang ist das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 eine ganz ungeeignete Grundlage. Es liegt dem Reichstag eine Resolution vor, die für diese Uebergangswirtschaft ein Ermächtigungsgesetz auf anderer Grundlage fordert; öffentlich nimmt der Reichstag diese Resolution einstimmig an. (Wohol im Zentrum.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): In den vier Kriegsjahren ist die Welt aus den Fugen gegangen, zu einem Chaos geworden. Und nur undeutlich zeigen sich die Umrisse einer neuen Welt. Wir wissen nicht, wie lange der Krieg noch dauern wird, und kennen keinen Ausweg nicht. Aber sicher hat er nicht nur politische Verschiebungen im Gefolge, sondern er bedeutet bereits in sich

ungeheure wirtschaftliche Umwälzungen.

Was der Millionenverlust an Menschen in ihrer Blüthezeit bedeutet, kann sich noch niemand klar machen. Und doch ist der Wert des menschlichen Lebens und noch nie so klar vor Augen getreten, wie in dieser Zeit. Unsere Hoffnung auf Sieg kann sich ja nur gründen auf der Ueberzeugung, daß in unseren Waffen mehr Persönlichkeitswert eingesetzt wird, wie in den weit größeren Massen der Feinde. Der Anspruch auf die Opfer der Bürger ist aber nur berechtigt, wenn die Bürger wissen, daß ihr Staat es ist, der sie fordert. Dieses Wissen vom Staate kann nur entstehen, wenn alle Bürger gleichberechtigt sind. Wenn man das heute in Preußen noch nicht erkannt hat, so wird man es lernen müssen. Der Anspruch auf staatsbürgerliche Gleichheit ist nicht mehr abzuwenden, auch nicht durch die 50 Aufrechten, die heute glauben,

das gleiche Wahlrecht in Preußen niederstimmen zu können. Das Zeitalter der freien Produktion ist geschlossen und wir treten in das Zeitalter der organisierten Produktion ein. (Sehr richtig!) Die auf und fallenden Lasten werden wir nur durch unsere Arbeit aufbringen können, und so erfordert die Zeit Organisation der Arbeit, um die höchstmögliche Produktion zu erreichen. Der Krieg wirkt wie eine ungeheure Krise. Und noch bei seiner hat es (so viel wirtschaftliche Reichen gegeben, der Prozeß der Vernichtung der Reichen durch die Großen ist noch nie so schnell vor sich gegangen. Die Frage steht nicht: gebundene Wirtschaft oder freie Wirtschaft, sondern: gebundene Wirtschaft unter der unbeschränkten Herrschaft der Kapitalmagnaten oder geleitet und gesteuert im Interesse der Allgemeinheit durch eine starke staatliche Macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb brauchen wir für das Reichswirtschaftsamts ein klar umrissenes Programm. Ich weiß nicht, warum der Staatssekretär es nicht bereits ausgeführt und sich in selbigen des Schweigenes geschützt hat. (Ausruf bei den Sozialdemokraten: Er wird kein Programm haben!) Selbst Dr. Meyer wollte ja für die Uebergangszeit starke Eingriffe des Staates. Auf die Uebergangszeit kann man aber solche Regelung nur beschränken, wenn man sich die Uebergangszeit auf Abrechnen erstreckt denkt. Also für unsere ganze Zukunft. Auch die Anschläge der Feinde gegen unser Wirtschaftliches nötigen uns zu solchen Maßnahmen. Früher heißt man den Krieg für eine rein militärische Sache, und auch heute ist die wirtschaftliche Bedeutung des Krieges nur wenigen klar geworden. Die wenig beachteten Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz bedeuten eine weit ernstlichere wirtschaftliche Bedrohung für uns, als die lächerlichen Drohungen des Reichtumsverbandes auf Verstärkung Deutschlands. Diese Bedrohung bleibt so lange eine Gefahr, als es nicht gelingt, sie durch Sieg oder Verständigung aus der Welt zu schaffen. Wir müssen uns aber auch so rüsten, daß wir ihr trotzen können, und das kann nur geschehen bei

weitgehender Durchstaatlichung unseres Wirtschaftslebens. Dazu kommt weiter die veränderte Stellung der Arbeiterschaft. Denn dieser Krieg ist recht eigentlich ein Krieg der Arbeiterschaft; sie hat diese Zeit mit lebendiger Teilnahme durchlebt und aus ihr etwas gelernt. Die Geschichte wird uns und unseren Auffassungen recht geben. Sache des Reichswirtschaftsamts muß es sein, die Entwicklungsrichtung zu bestimmen. Die politischen und gewerkschaftlichen Vertretungen der Arbeiter werden jedenfalls ihre Pflicht tun, um am Ausbau mitzuarbeiten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus verlag: die weitere Debatte auf Freitag 2 Uhr. (Vorher Ansetzen.) Schluß: 6 1/2 Uhr.

Recht nicht mehr abhängig gemacht werden darf, vielmehr die Zuständigkeit zu irgendeiner Gemeinde von Groß-Berlin für die Aufnahme genügt. Eine solche Reform bedingt freilich bei der jetzigen Verschwendung der Vorzüge für Krankenhäuser durch die einzelnen Kommunalverbände und bei der Verschiedenheit der Krankenhausverhältnisse die Vereinheitlichung des Krankenhauswesens in Groß-Berlin überhaupt.

Der Hochausschuss für öffentliche Gesundheitspflege fordert demgemäß: a) die Gemeinden Groß-Berlins auf, sich schleunigst auf eine gemeinsame Organisation des ärztlichen Rettungsdienstes, des Krankentransportwesens und der Bedingungen zur Aufnahme nicht ortsgenährter Kranken zu einigen, b) die gesetzgebenden Körperschaften Preußens auf, die Gemeindeverfassung Groß-Berlins dahin zu ändern, daß ein einheitlicher Träger für das Krankenhauswesen Groß-Berlins eingesetzt wird.

Die Einfammlung von Kleidern für Rüstungsarbeiter soll in Berlin am 6. Mai beginnen. Eine darauf bezügliche Bekanntmachung des Magistrats wird am 5. Mai veröffentlicht werden. Den Bedarf, der durch die Sammlung gedeckt werden muß, hat man für das ganze Deutsche Reich auf 1 Million Stück veranschlagt. Vieciel davon Berlin liefern soll, ist noch nicht bestimmt. Der Magistrat wird zunächst drei Annahmestellen für die freiwillige Übergabe von Kleidung einrichten, je eine in der Kommandantenstraße, in der Jägerstraße und in der Potsdamer Straße. Nicht zur Deckung der den Berlinern auferlegten Menge der Betrag der freiwilligen Übergabe nicht aus, so will man zu dem Mittel einer „freundlichen Rüstung“ greifen. Für jeden Einwohner, der nach seinem Beruf und seinem Einkommen den Verdacht weckt, Kleider drüber zu haben, wird eine Personenkarte angefertigt. Auf Grund dieser Karte geben Beauftragte den betreffenden Personen in die Wohnung und suchen sie zu überreden, daß sie Kleidung abgeben. Was gefahren soll, wenn auch das noch nicht genug bringt, darüber weiß man noch nicht Gewisses.

Nationierung der Fische. Je knapper die Lebensmittel werden, desto höher steigt die Preis der Lebensmittelarten. Nun soll uns auch noch eine Fischarte besichert werden, auf die wir Fische kaufen können — wenn welche zu haben sind. Sie wird nicht für Personen, sondern für ganze Haushaltungen gelten. Schwierigkeiten stellt der Berliner Magistrat darin, daß die Gasthöfe und Gastwirtschaften wieder eine Sonderbeschäftigung fordern werden, weil für sie bisher die Fische eine besonders wichtige Rolle in der Befestigung ihrer Gäste gespielt haben. Im allgemeinen steht der Magistrat auf dem Standpunkt, daß nicht durch Erfüllung solcher Sonderwünsche die übrige Bevölkerung benachteiligt werden darf. Andererseits sei aber zu bedenken, daß Berlin eine Fremdenstadt ist und daß Fremde nicht nur zum Vergnügen, sondern auch in Geschäften hierher kämen. Das Verlangen, besondere Nahrungsmittel für die Fremden zugewiesen zu erhalten, sei nicht unbedenklich. Diese ganze Angelegenheit wird wahrscheinlich im Zusammenhang mit den Beratungen und Beschlüssen über die Einführung der Fischkarte geregelt und zum Abschluß gebracht werden.

Die Jagd nach Kohlen. Schlimmer als im Winter ist jetzt der Ansturm auf die Kohlenverkaufläden. Jeder, der noch Kohlen auf seine alte Karte zu beantragen hat, möchte sich die ihm zugewiesene Ration möglichst noch sichern. Es sollen noch so viele sein, daß auf eine Verteilung aller bis zum 15. Mai schwerlich gerechnet werden kann. Wir erfahren, daß erzwungen wird, ob es nicht besser wäre, für die alten Karten die Gültigkeitsdauer bis zum 1. Juni zu verlängern. Man könne diese Maßregel, die eine ruhigere Abwicklung des Kohlenverkaufs ermöglichen würde, nur mit Freude begrüßen. Die Angelegenheit ist noch nicht entschieden, sie ist im Kohlenverband noch gar nicht zur Erörterung gekommen, aber das wird nächstens geschehen. Kommt es zu der gewünschten Verlängerung der Gültigkeitsdauer, so möchte das eine hinauschiebung der Belieferung auf neue Karten zur Folge haben. Für die Reiblieferung auf alte Karten gilt noch nicht die Kohlenfundenliste.

Berliner Lebensmittel. Auf Abschnitt 21 und 22 der Lebensmittelkarte entfällt je 1 Pfund Marmelade. Die Voranmeldung findet in den durch Aushängeschild: „Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften am 3., 4. und 6. Mai statt. Sobald die Ware dem Kleinhändler zugeführt ist, wird er mit dem Verkauf beginnen. Auf Abschnitt 43 der neuen Karte können vom 6. bis 15. Mai zwei Eier entnommen werden.

Zur Abwehr der Wohnungsnot, die nach dem Kriege über uns hereinbrechen wird, haben die Gemeinden Groß-Berlins im März d. J. eine Konferenz veranstaltet. Eine Kommission, die eingesetzt wurde, führt die Beratungen weiter. Sie erörtert unter anderem die Maßregel der Bereitstellung vorläufiger Wohnungen, die bei dem Mangel an Neubauten nötig werden wird. Voraden sollen gebaut werden, doch fürchtet man Holzknappheit. Außer den Keller- und Dachquartieren, die als „Wohnungsberg“ gedacht sind, kommen noch andere zurzeit unbenutzte Räume in Frage. Wie wir erfahren, wird beabsichtigt, öffentliche Gebäude herzugeben und vorläufige Wohnungen darin einzurichten. In Berlin dürfte die Wohnungsfrage besonders stark werden, weil hier ein Meer von Arbeitsuchenden zusammenströmen wird. Auf der kürzlich abgehaltenen Hauptversammlung des Groß-Berliner Kleinwohnungsvereins schlug Minister a. D. v. Vosadowitsch eine Zwangsmaßregel vor, die auf dem Wohnungsmarkt das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herstellen soll. Niemand sollte, meinte er, nach einem Ort ziehen dürfen, wenn nicht zuvor für ihn die Möglichkeit des Unterkommens gesichert ist und nachgewiesen werden kann. Wir hören, daß der Berliner Magistrat erfreulicherweise ein solches Zugangsverbot oder eine ähnliche Maßregel nicht beabsichtigt wird.

Die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat zur nächsten Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht: Rüstungsmeldungen zufolge soll der Magistrat im Winterwald zu Treptow einen Häuserblock zum Zwecke der Errichtung eines Palmenhauses angekauft und die dort wohnenden 62 Mieter zum 1. Oktober 1918 resp. 1. April 1919 gekündigt haben. Die Fraktion ersucht den Magistrat, diese Kündigungen, sofern sie wirklich erfolgt sind, wieder rückgängig zu machen.

Pakete für die Westfront. Die Annahmestelle für Pakete und Briefkasten für die Westfront ist aufgehoben. Nur der Versand von Paketen (von mehr als 50 bis 500 Gramm) bleibt bis auf weiteres noch gesperrt.

Fisches Glück. Das neue Reichsprogramm bietet unter anderem folgende Schenkungsmöglichkeiten: Professor Hamms mit seiner vereinigten Gumboldt und Herrn Böde, der eine mit sechs erwachsenen Menschen beladene Wähe mit den Hähnen schwebend in der Luft zu halten vermag. — Nach Schluß des zirkulären Programms gelangt abendlich die Ausstattungspantomime „Frühlingspiele“ zur Aufführung.

Groß-Berlin

Einheitliche Krankenhilfe in Groß-Berlin. Der die Öffentlichkeit mit Recht erregende tragische Fall der Abweisung eines nicht ortsgenährten Bäckers in einem Groß-Berliner Krankenhaus hat den Bürgerausschuss Groß-Berlins in der letzten Sitzung seines Hochausschusses für öffentliche Gesundheitspflege eingehend beschäftigt. Die Erörterung führte zur einstimmigen Annahme der nachstehenden Entschlüsse:

1. Im Interesse der öffentlichen Gesundheit ist die Einführung eines einheitlichen ärztlichen Rettungsdienstes und Krankentransportwesens in allen Gemeinden Groß-Berlins erforderlich, dergestalt, daß Rettungswachen mit ständig vorhandenem ärztlichen Personal in ausreichender Zahl und zweckmäßiger Verteilung der Bürgerchaft zur Verfügung stehen und für ausreichende Beförderungsmittel Vorkehrungen getroffen sind. Diese Forderung ist im Prinzip seit längerer Zeit auch bei allen beteiligten Gemeinden als berechtigt anerkannt worden. Ihre Durchföhrung leidet keinen Rückschlag — auch nicht durch den Krieg. Es ist dringend zu wünschen, daß die Stadt Berlin die von ihr eingeleiteten Verhandlungen baldmöglichst wieder aufnimmt.

2. Hinsichtlich der Aufnahme Kranker und Gebührender in die öffentlichen Krankenhäuser Groß-Berlins besteht bisher infolge der Zersplitterung der Groß-Berliner Gemeindeverfassung die Bestimmung, daß nur solche Personen aufgenommen werden, die in dem betreffenden Kommunalverband, der Träger des Krankenhauses ist, ihren Wohnsitz haben. Von diesem Grundsatz wird allerdings wohl überall eine Ausnahme dahin gemacht, daß bei Fällen von lebensgefährlicher Erkrankung (sogenannter Unabwendbarkeit) auch dem Ortsfremden die Aufnahme nicht verweigert werden soll. Diese Ausnahmebestimmung kommt jedoch naturgemäß die Gefahr mit sich, daß der Begriff der Unabwendbarkeit mit Rücksicht auf Vereinfachung von Betten für die Ortsangehörigen und mit Rücksicht auf die finanziellen Folgen in der Praxis zu eng ausgelegt wird. (Die ertrennenswerte Kostenersparnis deckt nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten.) Da nun im Einzelfalle über das Vorliegen einer lebensgefährlichen Erkrankung nur zu leicht ein Irrtum möglich ist, kam die Verweigerung der Aufnahme zu schwerer Schädigung, unter Umständen zum Tode des Erkrankten führen. Zur Vermeidung dieser Mißstände ist eine Vereinheitlichung der Aufnahmebestimmungen in den öffentlichen Krankenhäusern dringend erforderlich, so daß in Zukunft die Aufnahme von der Feststellung des Wohnortes in dem betreffenden örtlichen Kommunalverbande

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, an der Untergrundbahn Anhalterbrücke, bringen vom 3. bis 9. nochmals das Bühnenwerk „Arthur Amhof. Hierzu wird der Film „Wogen des Schicksals“ mit Mia May in der Hauptrolle und eine kurze Kabarettinszenie gezeigt.

Auf der Ringelfahrt festgenommen wurden in der Brunnenstraße die 17 und 16 Jahre alten Fürsorgezöglinge Johann Barthe und Erich Krüger, die vor 8 Tagen aus der Anstalt entwichen waren. Die Wohnungsinhaberin erlappte sie, als sie gerade dabei waren, allerhand Wertgegenstände in einen Sack zu packen. Diesen hatten sie mit Kohlen gefüllt in der erbrochenen Wohnung gefunden. Um ihn geräuschlos zu leeren, hatten sie die Kohlen in das Bett der Frau geschüttelt.

Töblicher Mord eines Kindes in den Lichthof. Die 7jährige Tochter Lucie des im Felde stehenden Landwirts Hermann Haase in der Gubener Straße 28 sollte gestern Vormittag gegen 10 Uhr einen Gang besorgen. Dabei verlor sie, wie Kinder es zuweilen tun, auf dem nach dem Lichthof des Hauses freigelegenen Treppengelände das Gleichgewicht. Sie verlor das Gleichgewicht und stürzte aus der Höhe des 4. Stockwerkes in den Lichthof. Im Krankenhaus Friedrichshain ist sie infolge der erlittenen schweren Verletzungen bald darauf gestorben.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren und gestötet wurde Mittwoch vor dem Hause Andreasstr. 40 der sieben Jahre alte Sohn Kurt des Bureaubeamten Franko aus der Simpsonstr. 37. Der Knabe lief beim Überfahren des Fahrdammes blindlings vor den Wagen, dessen Führer keine Schuld trug.

Wer ist die Tote? Aus der Spree gefahndet wurde an der Alsenbrücke die Leiche einer unbekanntem Frau von etwa 25 bis 30 Jahren. Die Ertrunkene trug ein dunkelbraunes Kleid und schwarze hohe Schnürstiefel.

Gepäckwagen gestohlen. In der Brenzlauer Allee wurde gestern ein Gepäckwagen Nr. 43 der „Wag“ gestohlen. Er war bespannt mit zwei kleinen dunkelbraunen Wallachen. Die Pferde waren gebrannt mit „Wag“. Hohe Belohnung ist ausgesetzt.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Zu den Eingemeindungsbestrebungen. Die Verhandlungen zwischen Lichtenberg und Friedrichsfelde auf

eine Vereinigung dieser Gemeinden sind inzwischen eifrig fortgesetzt worden und haben nunmehr auch zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die gemeldet wird, haben die Beratungen, die zwischen den von beiden Gemeindevertretungen zu diesem Zwecke eingesetzten Ausschüsse stattgefunden haben, in allen Hauptfragen völlige Einigung herbeigeführt. Nur in einigen wenigen nebensächlichen Punkten bestehen noch Meinungsverschiedenheiten, die jedoch kaum irgendwie die Eingemeindungsbestrebungen verzögern und wahrscheinlich in Kürze auch völlig beigelegt werden. Die nächste Stadtverordnetenversammlung von Lichtenberg wird sich voraussichtlich bereits in geheimer Sitzung mit der Eingemeindungsfrage beschäftigen.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Von jetzt bis einschließlich Mittwoch, den 8. Mai, wird auf Abschnitt 18 der allgemeinen Lebensmittelliste 1 Pfund Marmelade (0,92 M.) abgegeben. Vom 1. Mai ab werden bis auf weiteres abgegeben: Auf die roten Marmeladen 1 Liter, auf die grünen 1/2 Liter, auf die blauen und die braunen je 1/2 Liter Vollmilch. Auf Krankenkarten und Sonderkarten ist die aufgedruckte Menge voll zu verabsolgen.

Steglitz. Die Gemeindevertretung stimmt Mittwoch in geheimer Sitzung dem Normalgasvertrag mit der Deutschen Gasgesellschaft zu.

Weißensee. Lebensmittel. Auf die Abschnitte 18, 19, 20 und 21 der allgemeinen Lebensmittelliste entfallen je 500 Gramm, also insgesamt 2000 Gramm Marmelade. Die Entnahme muß von Donnerstag, den 2. bis Sonnabend, den 4. Mai, in den Geschäften stattfinden, in welchem der Inhaber der Lebensmittelliste sich zum Bezuge von Nährmitteln angemeldet hat. Verbraucher, die sich erst in dieser Woche zum Bezuge von Nährmitteln angemeldet haben oder noch anmelden, können dann erst Marmelade erhalten, wenn solche bei den in Frage kommenden Kleinhändlern übrig bleibt.

Vom 2. bis 4. Mai wird in der Verkaufsstelle Caselerstraße 2 der Verkauf von Eiern fortgesetzt. Auf Abschnitt 22 der allgemeinen Eierlisten werden zwei Eier a 88 Pf. verabsolgen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Eier auf Abschnitt 22 der Eierlisten nach dem 4. Mai nicht mehr entnommen werden können.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 24 der Lebensmittelliste Groß-Berlin werden 250 Gramm Worgentrunk oder 250 Gramm (5 Würfel) Anoruruppen oder 250 Gramm lose Kräuterluppen und auf Abschnitt 25 100 Gramm Griech abgegeben. Auf Abschnitt 10 der Lebensmittelliste für Jugendliche werden ebenfalls 100 Gramm Griech abgegeben.

Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschl. Sonntag, den 5. d. M. zu erfolgen. Verkaufsstelle: Worgentrunk 1 Päckchen zu 250 Gramm 45 Pf., Anoruruppen 1 Würfel 15 Pf., Kräuterluppen 250 Gramm 50 Pf., Griech für 1 Pfund 32 Pf., bezw. 100 Gramm 7 Pf.

Triß. Erhöhte Teuerungszulagen. Auf den Antrag des Gemeindearbeiterverbandes beschloß der Gemeindevorstand, die Teuerungszulagen der Gemeindearbeiter mit Wirkung ab 1. April zu erhöhen. Es erhalten alle Arbeiter über 17 Jahre eine weitere monatliche Zulage von 20 M.; Arbeiter unter 17 Jahren und Frauen 15 M. Der Sonntagelohn der Arbeiter wird von 3 M. auf 6 M. erhöht. Arbeiter beim Mehl- und Futtermitteltransport erhalten zu den festgesetzten Löhnen eine tägliche Zulage von 50 Pf. Die Verammlung der Arbeiter erklärte sich mit den Resultaten der Bewegung einverstanden.

Eingegangene Druckschriften.

Am Dienstadt. Von August Ludwig. Verlag Fritz Hemminghoff, Berlin. 2 M.
Die Fahrt ins Bürgerliche. Zwei Romane von Gerb. Künzemann. Egon Kellner u. Co., Berlin.
Die Wege zum Großerwerb. Von Ludwig Griebner. Literarische Anstalt Rütten u. Voening, Frankfurt a. M. Preis 1 M. — Mein Weg zum Geschäftsmann. Erinnerungen von Martin Sauer. Geh. 1 M. Im gleichen Verlage.
Wieland. Eine deutsche Monatschrift. Herausgegeben von Bruno Paul. 4. Jahrgang. Heft 1 (Schwaben). Preis 4,50 M. Wieland-Verlag, München.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Im Norden zunächst trocken und ziemlich heiter, in den Tagesstunden überall mäßig warm, im Süden, später auch an der Küste vorherrschend wolkig, jedoch keine erheblichen Niederschläge.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Der Bürger als Edelmann. Sonn. 11 Uhr: Der Bürger als Edelmann. Sonn. 11 Uhr: (Halbe Preise) Gespenster. Kammerstücke. 8 Uhr: Sumurun. Sonnabend: Sumurun. Volksbühne. Theater am Blowerplatz. Untergrund. Schön. Tor. 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt. Sonn. 7 1/2 Uhr: Nathan der Weise.

Theater des Westens. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin.

Dir. C. Meinhart — R. Bernauer. Theater im Königgrätzer Str. 7 1/2 Uhr: Der Katzensteg. Komödienhaus. 7 1/2 Uhr: Die Zarin.

Berliner Theater. 7 Uhr: Blitzblaues Blut.



Paul Göbel der Urkomische. Chester Dieck. Exotischer Radfahrakt „Durga“ das liegende Piano sowie der große Mai-Spielplan!

Apollo-Theater. Friedrichstr. 218. 7 1/2 Uhr: Paul Beekers. Deutschlands bester Komiker sowie 12 erste Variété-Attraktionen. Sonntag 3 1/2 Uhr: Jeder Erwachs. 1 Kind frei!

Busch. Tägl. 7 1/2 Uhr, Stg. 3 1/2 u. 7 1/2. Das neue Mai-Programm u. a. „Die lebende Brücke“. Prof. Hawkins m. seiner dressierten Hundemeute. Helene Fischer, Schulleit. Zum Schluss: Die große Pracht-Ausstatt-Pantomime „Frühlingsspiele“ in 4 Akten. Besond. hervorzuheben: Sturmzauber mit d. Wolkenbruch! — Kahrnutsch aus 30 Meter Höhe in den Grundwaldsee. Stg. 2 Vorst. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr. Auch nm. „Frühlingsspiele“ 1 unges. Kind auf all. frei!

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Bachstelzchen.

Theater für Freitag, 3. Mai. Central-Theater. Kommandantenstraße 57. 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin. Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Mignon.

Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Nante.

Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Kinokönigin. Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof.

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.

Deutsches-Amerik. Th. NATIONAL-THEATER. Tägl. 7 1/2. Größter Lacherfolg! Die ist richtig! 112. Male. Possev. Dr. Lipschitz. Textv. Steinberg. Musik: W. Brumm. Sonntag 3 1/2 Uhr: Johannisfeuer. Vorv. v. 10 U. ununterbr.

Der „Hias“ ein feldgraues Spiel. täglich 7 1/2 Uhr abends. Morgen, Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr: Familien- u. Schüler-Vorstellung zu kleinen Preisen. Palast-Theater am Zoo.

Concordia - Lichtspiele. Andreasstraße 64. Vom 3. bis 6. Mai. Der Rodelkavalier. Ein Lustspielschlag in 3 Akten. Der rätselhafte Blick. Abenteuer in 4 Akten. Der Leonhardtritt. Drama aus den Bergen. 3 Akte.

Trianon-Theater. 7 1/2 am St. Friedrichstr. 7 1/2. Tel.: Zentrum 4927 und 2391. Der Lebensschüler. Komödie von Ludwig Fulda. Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz, Paul Bildt, Pflink, Kettner. Stg. 4 U. kl. Pr.: Hedda Gabler.

Casino-Theater. Vofringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11. Letzter Monat der Spielzeit. Das neue große Maiprogramm. Erstklassige Spezialitäten dazu das beste Familienbild. Anna's Traum. Sonntag 4 Uhr: Maizenzauber.

Neues Operettenhaus. Schiffbd. 4a. Kassent. N. 281. 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Theater O. 7 1/2 U.: Der Veilchenresser.

Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Hans Sonnenjägers Höllefahrt.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde.

Theater am Nollendorplatz. 7 Uhr: Der alte Doyen.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Donauliebchen.

Ein wirtschaftlicher Aufschwung. unseres Handels u. der Industrie wird die Folge dieses Krieges sein. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten öffentlichen Lebens steht bevor und unzählige Stellen werden neu zu schaffen sein. Es werden daher überall geprüfte und geschulte Kräfte gesucht.

sein. Beamte, Lehrer, A. gestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfach. Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen od. die fehlenden kaumän. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortr. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichtsmethode „Rustia“.

Kgl. Preuß. Klassenlotterie. Hauptziehung 7. Mai bis 3. Juni 1918. 25.- 50.- 100.- 200.- M. u. Porto. Hahn, Königl. Preussischer Lotterie-Einnehmer, Berlin S 14, Prinzenstr. 79, am Moritzplatz. Tägl. Gewinnlist. z. Preuß. Südd. Klassenlott. 5. Klasse zum Preise von M. 7.- versendet postfrei. H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14, Alexandrinenstraße 70 u. Prinzenstraße 79.

Alle Erwartungen übertrifft. Waschextrakt „Wage“. Behördlich geprüft und genehmigt unter Nr. 2635. Sparsam im Gebrauch, restlos löslich; zum Waschen, Scheuern und Reinigen. Klein-Vorkaufspreis 1 Kilo M. 1.02. Probe-Dose M. 1.25 inkl. Porto. 4 Dos. M. 5.- franko. Nachn. od. Voreinsend. Berlin SW 68, Chemische Fabrik Schibsky G. m. b. H., Lindenstr. 71/72. Teleph. Moritzpl. 3609. Telegr.-Adr.: Kraftstoff.

Keine Wanze mehr für 2.- nur mit Kammerjäger Berg's Nicodan I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwand. Ges. gesch. Doppelpack M. 2.-. Ausreich. für 1-3 Zimmer u. Betten. Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Einzahlung von M. 2.40, a. Postcheckkonto Berlin 31286. Portofr. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. Herm. A. Grossel, Berlin, Königgrätzer Str. 49. Tel. Kurf. 4741. [1002/17*]

Möbelfabrik Rob. Seelisch. BERLIN O 112, Rigner Str. 71-73a. empfiehlt gute preiswerte Möbel. Einrichtungen in jeder Preislage. Ganz besonders große Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern jedem Geschmack entsprechend. 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 Mtr. groß. Versand nach allen Plätzen Deutschlands. — Beschäftigung lohnend, ohne Kaufzwang. Wochentags von 8-7, Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Bekanntmachung. Auf Abschnitt 43 der neuen Eierliste können vom 5. bis 15. Mai zwei Eier abgegeben und entnommen werden. Berlin, den 2. Mai 1918.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt. Wermuth. Loge, Nr. 207. Et 18.

Bekanntmachung. Marmelade! Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittellisten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

I. Auf Abschnitt 21 und 22 der Lebensmittelliste der Stadt Berlin entfällt je 1 Pfund Marmelade. Der Kleinhandelspreis beträgt 92 Pfennige für das Pfund. Eine Ueberschneidung des Höchstpreises ist strafbar.

II. Die Abschnitte 21 und 22 sind nur in den durch ein Ausschreiben festgesetzten Verkaufsstellen der Stadt Berlin auf Lebensmittellisten der Stadt Berlin gegen eingetragene Bescheinigung abzugeben, und zwar am 3., 4. oder 6. Mai 1918. Nachträgliche Anmeldung findet nicht statt.

III. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte an einen der ihnen bekannt gegebenen Großhändler bis zum 3. Mai 1918 einzureichen. Jeder Kleinhändler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, den Verkauf sofort beginnen und den Verkaufsbeginn durch Aufschlag anzeigen.

Berlin, den 2. Mai 1918. Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt. Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung. Runge.

Orts-Krankentafel für das Maurergewerbe zu Berlin. C 25. Bekanntmachung.

Die vom Ausschuss am 25. Februar 1918 beschlossene IV. Abänderung zur Satzung ist vom Kgl. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin am 26. April 1918 genehmigt und tritt am 6. Mai 1918 in Kraft. Die wesentlichen Änderungen sind:

Der Grundlohn wird von 6 auf 10 M. erhöht. Die gegen Entgelt beschäftigten Mitglieder werden in neun Stufen eingeteilt. Die Beiträge betragen 5 Proz. und werden für Berücksichtigte, die sechs Tage in der Woche arbeiten, für sechs, und solche, die an allen Wochentagen und Sonntagen beschäftigt sind, für sieben Tage wöchentlich berechnet. Das Krankengeld beträgt für die Stufe 1: 1 M., für Stufe 2: 1,50 M., für Stufe 3: 2 M., für Stufe 4: 2,50 M., für Stufe 5: 3 M., für Stufe 6: 3,50 M., für Stufe 7: 4 M., für Stufe 8: 4,50 M., für Stufe 9: 5 M. für jeden Arbeitstag. Das Krankengeld sowie Sterbegeld erhöht sich entsprechend dem Krankengeld. Hausarme Mitglieder der Stufe 1 und 2 erhalten einen Teuerungszuschlag von 20 Pf., der Stufe 3 und 4 einen Teuerungszuschlag von 25 Pf. vom ersten Tage des Krankengeldbezuges ab. Der Zuschlag wird auch Schwangeren und Wöchnerinnen gezahlt. Voraussetzung für Zahlung dieses Zuschlages ist, daß die arbeitsunfähigen Mitglieder nicht in Krankenhäusern, Heilanstalten, Heimstätten und Lazaretten untergebracht bzw. in Revierbehandlung sind oder nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses als Erwerbslose erkrankt.

Druckexemplare der IV. Abänderung werden im Kassensaal, Kantstr. 4, ausgegeben. 21965

Der Vorstand. H. Doehne, Vorsitzender. H. Freund, Schriftführer. Zahngebisse, Platin, Gr. 7,60, Retten, Ringe, Besteck u. a. F. Wagner, Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz). Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, Joh. P. Gollitz, Mariannonstr. 3. Tel. Mpl. 10 303

Der Komiker.

Von Fritz Müller.

Der Komiker wurde alt. Er selbst merkte es nicht. Wenn man an dreißig Jahren Komik macht, verliert man alle Zeitgriffe. Ein Witz ist alt und ein Witz ist jung. Aber der Komiker, der den Witz vor das Publikum zu bringen hat, hat immer jung zu sein und jung zu bleiben. Das ist Vorsicht im Vortrag. Kein Wunder also, daß der Komiker nicht merkte, wie er alt wurde.

Aber das Publikum merkte es. Das Publikum, das er seit dreißig Jahren unterhielt mit seinen Späßen. Das ihm einmal zugehört hatte. Wie war es damals gleich in Wien? Gestoß hatten sie, heruntergeholt vom Bretel hatten sie ihn. Auf die Schultern hatten sie ihn gehoben. Im Saale herumgetragen hatten sie ihn. Ja, ja, das war damals.

Und dann kamen die Jahre, wo das Publikum manierlicher wurde — ja, ja, manierlicher, sagte der alte Komiker, wenn er davon erzählte — und wo es sich damit begnügte, ihm da droben zuzuschmeißen.

Und endlich kam die Zeit, wo der alte Komiker um ein dünnes Bündelstücken kämpfen mußte. Wo seine Witze ins Publikum hinuntergingen und mit aufgehobenen Händen bettelten: „Ein Beifallszeichen, bitte, nur ein kleines, bitte, bitte...“

So kamen seine Witze. Der Komiker hat nicht. Der blieb der alte. Der war überzogen, nie waren seine Sachen besser, als gerade jetzt. Und nur das Publikum war es, das sich verändert hatte. Ja, ja, das Publikum, nicht er. Dies nimmerjähre Publikum, dem er an liebgeheimt Witze vorgeschmissen hatte und an tausend Liedern. Wo waren die geblieben? Sie mußten da drinnen in Reihen um die alten Stuhlbeine hängen oder in den Ritzen des Fußbodens oder in den allen Alcedern des Publikums, die beim Trödeln hingen, wenn sie nicht in der Lumpenmühle inwischen Papier geworden waren, auf dem man neue Witze schrieb und neue Lieder.

Das Publikum? Aber das Publikum, diese glatte Einheit gab es gar nicht. Das war doch jeden Abend eine andere trübe oder klare Welle, die der Strom des Lebens in die Bänke vor dem Bretel strömte. Und gestern hatte die Welle schon gar nicht mehr gegußt. Spätlich rann sie zwischen Stühlen, Tischen und über eine Weile würde sie verfließen. . . .

Nein, sie würde nicht verfließen. Der alte Komiker hatte vorgesorgt. Der alte Komiker hatte schon vor Wochen eine Anzeige erlassen:

Bekanntes Kabarettkünstler sucht
auskräftigen Schläger von be-
kanntem Schriftsteller zu erwerben.

Das war das erste Mal, daß etwas Vorgesprochenes nicht von ihm selbst sein sollte. Es kamen eine Menge Angebote. Darunter auch eine blühende Glosse von einem bedeutenden Schriftsteller. Aber das verlangte eine Menge Geld. Der alte Komiker hatte sich besonnen. Und schließlich war er auf die Sparkasse gegangen und hatte sich die erharteten Wurzeln geholt. . . .

Und heute abend würde er die blühende Glosse vortragen. Wie Neud den flammenden Strauß, würde er sie ins Publikum schenken. So werden sie zünden. Die trägegebundene Masse des jetzigen Publikums würde sie aufspalten. Ein Gedächtnis bräde los. Die Stühle würden sie umwerfen, wieder heranströmen würden sie ans Publikum, wie damals. „Auf die Schultern!“ würde einer rufen, würden viele rufen. . . .

Richtig schlief der alte Komikers Brust, wenn er daran dachte. Und er mußte lächeln: wie er jetzt Knapp vor seiner Nummer hinter den Kulissen wartete — wahrhaftig, er hatte wieder das Lampenfieber, das alte Lampenfieber, das er zum letzten Male vor — vor — wann war es doch — richtig das er zum letzten Male vor fünfundsiebzig Jahren hatte und seitdem nicht mehr. So was verliert sich mit der Zeit und der Routine. Was war das? Matzchen? Ach so, die Soubrette hatte ihre Nummer fertig.

Da capo?
Er hörte härter hin, verstand die Worte. Wieder hartes Matzchen? Ach ja, so süß verdeckte Bötchen zogen immer. Er fuhr sich mit der Hand über die alte Stirn: Gott sei Dank, Noten hatte er nie gerissen, all die dreißig Jahre her. . . .

„Gott, Herr Alois, Ihre Nummer — geschwind!“

Der Direktor hatte es geflüstert. Mechanisch stand der alte Komiker auf. Weich der Reuse, das Lampenfieber war immer noch da — und vergessen Sie nicht, Herr Alois, von Ihrem heutigen Erfolg hängt es ab, ob ich den Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängern kann. Zum Sie Ihr Bestes. . . .

Der alte Komiker stand an der Rampe und sah ins Publikum. Mit dem alten leeren Schanzvielerlei sah er ins Publikum. Keine menschlichen Gesichter unterschied er. Er sah nicht die von behäbiger Neugier umsaumten Köpfe. Er sah die Studenten nicht und nicht die Kommiss, und nicht die anderen, die für ihr Eintrittsgeld auch was Ordentliches zum Lachen haben wollten, ein gefirichenes Kartoffelschüssel voll Gelächere für fünfundsiebzig Pfennig Eintrittsgeld.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring.
Neuntes Kapitel.

Kleine, frühlinghafte Baumvollfelsen segelten leicht über den sonnenblauen Himmel, als Gerell am Sonnabendmittag aufbrach. Die Schneeschuhe pflüchten auf der prächtigen Bahn, und als Gerell an Algrens Behausung vorbeikam, stand dieser vor der Barade und konnte sich, während Hansson und ein paar Arbeiter einige Kisten den Abhang hinaufgehoben.

„Glückauf, Ingenieur — au, Donnerwetter, das darf man ja nicht sagen!“ rief Hansson ihm zu. „Aber wir könnten zur Abwechslung wohl ein bißchen frisches Bärenfleisch brauchen.“

Gerell lächelte und winkte Algren mit der Hand, der den Gruß ebenso zurückgab. „Leg Meister Peh nur in den Schlafsack.“ schrieb Algren ihm nach, als er gerade um die Ecke verschwand.

Gerell lief flott weiter und war schon ganz warm. Aber er hatte auch eine schöne Last zu tragen. Der Schlafsack, den er im letzten Augenblick aufgeschminkt hatte, drückte bedenklich. Er war aber nötig. Allerdings gedachte er nur bis zum Sonntagabend fortzubleiben, aber Gedanken und Wirklichkeit stimmen selten überein, und in einer Felspalte zu liegen und zu schlafen, wie es ihm schon ein paarmal passiert war, gehörte nicht zu den Annehmlichkeiten.

Er schlug seine alte Bahn, den Karajoff hinauf, ein, und hier ging es wie im Tanz. Er war erst ein paar Minuten gelaufen, als er schon mit dem Stoc einige Schneehühner totgeschlagen hatte, die ihm direkt vor den Füßen lagen. Er stopfte sie in die Jagdtasche. Es war, wenn er den Wären nicht bekam, immerhin eine Aufbesserung der Speisekarte.

Den Wären hoffte er auf dem Karajoff, eiliche Meter oberhalb des Falles, anzutreffen, wenn nicht die Arbeiter beim Schneehühnerfang ihn aufgeschreckt hatten. Dann lag der Gedanke nahe, daß er schon davongesofft war.

Das alles sah er nicht. Er bildete sich ein, das da drinnen sei ein Acker voller Krautköpfe.

Und der alte Komiker begann mit einem leichten Theaterdonner, einem Späßen vom vergangenen Tag. Aber der Krautacker blieb starr und ungerührt.

Da griff der alte Komiker in seine beste Zeit zurück und holte ein altes lächliges Couplet hervor. Er schmetterte es mit ganzer Kraft hinaus. Ganz wie damals dachte er, ganz wie damals, als er die Erfolge hatte. Aber was war das? Das Krautfeld blieb starr. Kein einziger Kopf hatte sich gerührt.

Der alte Komiker biß die Zähne zusammen. Wartet, ich komme auch, dachte er. Jetzt sah ich euch was vor, was mich — was mich fast mein ganzes Sparguthaben gelöst hat. Etwas von einem berühmten Dichter, berechnes Publikum; ihr werdet schauen. . . .

Und er ließ die geistunfeinden Sterne der marmorfarbigen herabgearbeiteten Glosse wie ein Feuerwerk ins Publikum. So — jetzt noch eine blühende Kaskadengarbe von Witz und Geist zum Schluß — uff. . . . Er wartete. . . .

Nichts.

Er wartete weiter mit angehaltenem Atem. Nichts. Ganz ruhig blieb das Krautfeld. Nur in der vordersten Reihe sah er zwei Köpfe sich zueinander neigen, sah Linie menschlicher Gesichter. Und in den Reihen dieser beiden Köpfe lag er plötzlich wie durch einen Nebel:

„Er tut uns leid, der alte Komiker. . . .“

Da geschah es, daß eine fürchterliche Witterkeit in ihm den dreißig Jahre alten Schlangentopf hob und aus ihm herausstieß. Was diese Schlangenzische, wurde ihm kaum bewußt.

Nur dunkel empfand er, daß es eine schneidend satirische Klage war. Eine Klage, die sich auf einer freigelegten Zunge von selbst in wertwürdige Reime goß. Die Klage des alten Komikers auf ein dreißigjähriges Nüthen. Eine gestraubte Anklage gegen das Publikum. Und die Widerhaken dieser flammenden Reime führten ins Publikum wie die jah gewordenen Schnüre von Hundert Angelernten. Und siehe da, die Widerhaken verhielten sich in das Krautfeld, saßen fest. Und wie jetzt der alte Komiker daran zog, um sie wieder zurückzubaden, da fingen die Krautköpfe zu wackeln an. Wie toll wackelten sie hin und her. Ganze Reihen schwankten. Und ein Lärm war und ein Rufen.

Und als jetzt der letzte Reim verklang, in einer besseren Komikerstimme unterging, da sprangen wahrhaftig diese Köpfe auf. Wegen das Publikum rollten sie vor. Unmäßig diese Hände streckten sich aus den Krautkrone in die Höhe und klatschten, klatschten. . . . „Bravo! Bravo! Da capo! Da capo!“ hörte er es durch die Nebel branden.

Und jetzt kamen wahrhaftig eine ganze Reihe Köpfe an seine alten Füße heran, und es kam ihm vor, als ob diese Köpfe Studentenspäßen auf den grünen Wäldern hätten.

„Auf die Schultern. . . !“ hörten seine alten Ohren rufen. Und dann hörte er nicht neben sich die klare Stimme seines Direktors: „Herr Alois, ich gratuliere Ihnen — das war das beste satirische Stück, was ich jemals hörte — Herr Alois, ich verlängere Ihren Kontrakt um . . .“

„Die Tänzerin“ von M. Lengyel.

Im Theater des Westens.

Den Bühnenkünstler mit seinem erregbaren Nervensystem in seiner — scheinbar — bunteren Welt und im Konflikt mit den bürgerlichen Daseinsformen zum Inhalt des Dramas zu machen hat die Veranstalter zugkräftiger Stücke immer wieder gereizt. Der Ungar Lengyel folgt nur den Spuren altbewährter Uebung — nur daß er bläher, weniger spektakulär und weniger romantisch ist. Die Umwelt seiner Tänzerin ist von heute, aber ihr Inhalt ist von vorgestern. Ein hebrer, engstirniger Landjunker verliebt sich auf den ersten Blick in eine Tänzerin und verliert mit ihr ein Liebesidyll auf seinem Gute. Aber ihre Sehnsucht nach der Wähe und ihrer Welt, sein Standesdünkel treiben die Gegensätze heraus. Sie kehrt zu ihrer Kunst zurück.

Leopoldine Konstantin kann den Forderungen der Rolle, die sie früher in den Kammerpielen und dann auf ausgedehnten Gastspielen erprobt hat, noch immer nicht widerstehen. Sie eröffnete die Sommerspiele des Direktors Stadel damit. Zu einer weitgepannten Stala von Gefühlen, zu vielen Einzelrollen und zu einer wechselnden Kleiderparade gibt ihr die Tänzerin Gelegenheiten. Sie muß sie weidlich, besser, wenn sie empfindsam spielt, als wenn sie tänzelt. Im Liebespiel und im Kampf des Weibes mit der Künstlerin hat sie Augenblicke, wo sie und packt. Ihr Partner, Hermann Thimig, ist ein ganz lieber Junge. Zwei Künstlerinnen bekommen durch Rudolf Lettinger und Margarete Kay er individuelles Gepräge. Das Ganze könnte gewinnen, wenn Winterkeins sonst feinsinnige Regie für rascheres Tempo und einige Striche sorgen würde.

In diesem Gedanken beschleunigte Gerell seinen Lauf noch mehr.

Es war eine herrliche Bahn. Alle Unebenheiten waren unter dem metertiefen Schnee begraben. Das einzige, was ihm passieren konnte, war, daß er mit den Schneeschuhen sich in den frostzerkausten Zwergbirken festfahren konnte, die sich wie heimtückische Fallen ganz in die Schneekruste hineinbogen.

Aber Gerell kam gut durch. So im Sonnenschein und Aprilklänge über die Hänge zwischen den Bäumen hinauslaufen war Leben für ihn.

Er bekam guten Wind, so daß es ihm um die Ohren pfliff. Hei! jauchzte er vor Freude. Hei, wie das ging! Das war wie ein Liebesabenteuer, nur noch frischer und — reiner, sagte er sich selbst und pumpte sich die herrliche Luft in die Lungen. Und dann diese schöne Stille, die Stille der Wildnis in Sonne und Schnee, mit den kreideweißen Birken und dem marmornen Gebirge, das sich scharf gegen das Himmelsschwarz abzeichnete. Er war von einem stolzen, männlichen Gefühl erfüllt, und er glaubte intimer als irgendein anderer durch eine geheime Wahlverwandtschaft mit der Natur zusammengehören.

Er näherte sich dem Karajoff und erkannte das Terrain wieder. Er lud die Hinterte und begann langsamer abwärts zu laufen, wobei er vorsichtig um sich schaute. Wenn der Vär bergauf gegangen war, konnte es sehr ungemütlich werden, ihm gerade in die Arme zu rennen. Man konnte nie wissen, in welcher Laune er war.

Gerell nahm die Hinterte in die linke Hand. Dann setzte er vorsichtig seinen Weg nach unten fort, indem er den Stab in der rechten Hand nachschleifen ließ. Der Blick suchte spähend zwischen den Felsblöcken, aber überall lag der Schnee eben und ohne Spuren.

Gerell blieb stehen. Da war die Höhle. Keine fünfzehn Meter von ihm. Er erkannte sie genau. Direkt unter dem großen Felsblock. Keine Spur war zu sehen. Meister Peh war also nicht den Berg hinauf gegangen. Er war sicher in der Höhle und lag vielleicht jetzt und lautete aus Leibeskräften. Vielleicht sah er auch gar Gerells Füße und grübelte, ob er sich wohl hinausbegeben und einen Angriff wagen sollte.

„Familie Hannemann“.

(Im Theater der Friedrichstadt.)

Das Leben ist unter gewissen Umständen gute Medizin, sogar eine „heilige“ Sache. Wohl zu seiner Zeit wurde und wird mehr gelacht, als während dieses ungeligen Weltkrieges. So paradox das klingt, es ist doch wahr. Man frage nur nicht: wie. Das Stimmengewirr einer wohlbesetzten Menagerie ist rein gar nichts gegen solch Kriegslachen in unseren Luftentzern. Man wäre oft geradeweg verurteilt, mit kaltem Bier und Geringschätzungen dazwischen zu werfen, wenn die nicht so rar wären — doch aber schließlich ohnmächtig mit. Wenn die Verfasser dieses am Mittwoch aus der Taule gebobenen Schwanks — Reimann-Schwarz — nicht wieder eine beängstigende Erläuterung im Leben machen wollten, müßte man mit ihren eintönlich böse ins Gericht geben. Denn es sind ja alles recht alte Lachensmaterialien, womit aufgemerkt wird. Etwas ist aber doch „neu“: der sagenhafte Anteil mit der geistigen Vanuotomiasche aus tausend Vögel, Schwänzen und Luftspielen früherer Jahrzehnte mit diesmal als „Tante Julia aus Kalluta“ auf. Und neuberher ein richtiggebender Buchhändler im Berliner „Bouillonkeller“-Format. Wie, als unüberlebens die Tante Julia im Hause ihres Neffen, des unbewiesenen Rechtsanwalts Hannemann erscheint, dieser Neffe „Familie Hannemann“ wird: das eben ist des Pades Kern, den die Autoren erst ordentlich in zündende Situationskomik eingeweiht haben, um ihn dann als brausend Feuerwerk auf das Publikum loszulassen. Bei solchem Geschick sind die Herren Jungermann, v. Wöllendorff, Geetz und die Damen Pradt, Lomning, Vanger, Menges, naturgemäß die allgütigen Feuerwerker. ck.

Angenrubers Kampf mit der Zensur.

Ludwig Angenrubers erste Bühnenarbeit, der im Jahre 1907 für eine Wiener Singpielhalle geschriebene Einakter „Der politische Laternenanzünder“, wurde von der Zensur verboten, und entsprechend diesem nicht ermutigenden Anfang erwies sich die Zensur zur Zeit dieses großen österreichischen Volksbüchlers immer wieder als sein Feind, so daß er am vorigen Jahre später in einem Brief erklärte: „Fragen Sie sich, wie mir und jedem Dramatiker zu Mut sein muß, wenn ihn die ergründeten und einschneidendsten Probleme luzweg von der Zensur konfiszieren werden, wenn er von Staats wegen das Publikum jahaus, jahrein Lachen soll, um sich die alte Geschichte, wie Hans die Gerte kriegt oder nicht kriegt, vorlesen zu lassen. Inneere Zeit, wenn je eine Zeit zuvor seine Wähe gehabt hat, hat aber schon gar keine. „Für Zensur!“

Die beste Erklärung für dieses harte Urteil liefern die von Anton Pottelhelm in der „Österreichischen Rundschau“ veröffentlichten Untersuchungen der Akten des Reichs für Niederösterreich. Die Zahl der Werke, die ohne besondere Striche zugelassen wurden, ist äußerst gering, es handelt sich dabei eigentlich nur um einige kurze, hauptsächlich der Unterhaltung dienende Einakter. Geringere wurde bereits Angenrubers Fälschungsspoße „Der flüchtige Reformstark“ abgeliefert, indem die Zensur fast auf jeder Seite „Zoten und politische Anspieligkeiten“ tigte. Schließlich waren von den 40 Seiten des Buches nicht weniger als 25 gestrichen. Die Haltung der Zensur wechselte je nach der politischen Stimmung, und nur so konnte es geschehen, daß „Der Pörrer von Kirchfeld“ von der Zensurbehörde günstig beurteilt wurde: „Die Tendenz dieses Volksstückes, dessen gewandter Verwickler durch Witz, glänzende Diktion und eine blühende Sophistik das Interesse zu erregen und zu fesseln versteht, ist dahin gerichtet, durch Glorifizierung eines aufgeklärten liberalen katholischen Priesters die entgegengesetzten verwerflichen Bestrebungen der Ultramontanen in ein unvorstellbares Licht zu stellen. . . . Da eine direkte Verleumdung der Religion oder eine Herabwürdigung einer anerkannten Kirche nicht vorliegt, so dürfte die Aufführung dieses Volksstückes bewilligt werden. N. I. Polizeidirektion Wien.“ Die Staatshalterei istlog sich diesen Ausführungen an, nachdem sie verschiedene Stellen auf 12 Seiten gestrichen und die Verurteilung von Kirchengängen verboten hatte.

Den schärfsten Gegensatz hierzu bilde aber die Haltung der Zensur gegenüber dem „Vierten Gebot“, das nicht nur von der Polizeidirektion, sondern auch von der Staatshalterei verboten wurde. Die Polizei erklärte: „Abgesehen von der bedenklichen Tendenz, welche das Verhältnis zwischen den Pflichten der Eltern und den Pflichten derselben mit einer unbedingten Kritik des in seinem wahren und wirklichen Sinn unaufrichtigen aller Gebote verurteilt, muß ganz besonders betont werden, daß die im letzten Akt hervorgetretene Aene des Priesters über seine Unbedingtheit und Uebereilung in der Verurteilung des Wortes Gottes, d. h. vielmehr über seine entschiedenen falsche Interpretation desselben, den Priestersstand diskreditiert.“ Erst nach unsäglichen Wähen konnte der Direktor des Theaters in der Fälschung trotzdem am 28. Dezember 1877 die Aufführung durchsetzen, wobei das Stück allerdings völlig unrichtig war. Ueber zwei Duzend Stellen waren gestrichen, so daß das Stück vollkommen seinen Sinn und seine Bedeutung verlor, nach dem dem Theaterzettel durfte nur stehen: „Ein Volksstück. Lebensbild in vier Akten von L. Angenrubers.“

Gerell ließ den Stoc fallen, spannte die Wähe und jodelte. Kein Laut zur Antwort.

Gerell bekam zwei rote Flecke auf den Waden. Er beugte sich etwas vor, indem er unwillkürlich die Wähe ein wenig hob. Er starrte in das schwarze Loch unter dem Felsblock hinein. Dann jodelte er noch einmal lauter.

Es blieb immer noch still unter dem Felsblock, eine intensive Stille, die nach dem Ruf noch stärker wirkte.

Gerell ließ einige Schritte rückwärts, brach eine halb-morsche Birke ab, schleppte sie nach vorn und schleuderte sie gegen das dunkle Loch.

Im selben Augenblick erklang ein Brummen, und in einem Wirbel von Schnee kam ein brauner Klumpen herangestauert und schwenkte um den nächsten Felsvorsprung.

Gerell, der sich mit knapper Not hatte zur Seite biegen und die Hinterte ans Auge reihen können, gab schnell einen Schuß auf den Klumpen ab, als er hinter dem Felsblock verschwand. An dem Brummen merkte er, daß er getroffen hatte. Er drehte schnell um und jauchte in die Klippen hinein. Er sah Meister Peh, der im Schuß der Felsblöcke auf die Klippen hinaufgesprungen war, und er lief weiter, um ihn in Schußweite zu bekommen, blieb aber mit den Spitzen der Schneeschuhe in einer Birkenfalle hängen und stand mit dem Kopf im Schnee. Ehe er wieder auf die Füße gekommen war und seine Sachen wieder in Ordnung hatte, war der Vär schon ein großes Stück auf den Berg hinaufgekommen und sprang jetzt wie eine groteske Silhouette weit außer Schußweite auf den Felsblöcken entlang.

Gerell setzte sich in Trab, aber da es nun bergan ging und das Terrain schwieriger und immer schwieriger wurde, blieb er unweigerlich weit zurück, und bald war die hüpfende Silhouette weit oben auf dem Karajoffischer verschwunden. Da fing für Gerell eine neue Arbeit an: die Spur von Klippe zu Klippe zu verfolgen, und gleichzeitig mußte er gut aufpassen, um dem Wären nicht direkt in die Arme zu laufen und einen Denzettel zu bekommen. Ein wenig halfen anfangs die Blutstropfen, aber es wurde Gerell bald klar, daß er Meister Peh nicht schwer verwundet hatte. Die Spur der großen Wärenstapen war bald wieder völlig sauber.

(Fortf. folgt.)

Das Dreiklassenparlament gegen das Volk.

140. Sitzung, Donnerstag, den 2. Mai 1918, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews, Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt.

Die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Dritter Tag.

Die allgemeine Aussprache wird bei den §§ 1 und 3 fortgesetzt.

Abg. Dr. Kewoldt (ft.):

Die Staatsregierung trägt die Verantwortung dafür, daß die Wahlrechtsvorlage in einer Zeit eingebracht wurde, in der unser Vaterland ringsum von Feinden bedroht war. Die Forderungen des Abgeordneten Hoffmann werden wir an der Front vorbereiten. (Abg. Hoffmann: Lassen Sie sie anschlagen!) Wir halten diese Vorlage für ein nationales Unglück. Wir als überzeugte Monarchisten haben die Pflicht, alles daran zu setzen, daß der Träger der Krone besser beraten wird, als er es in dieser Sache bisher ist. Wenn wir die Vorlage ablehnen, kann sie immer noch zurückgezogen und der für sie

verantwortliche Minister kann entlassen

werden. (Heiterkeit links.) Außerdem kann die Regierung den Landtag auflösen. Weitere Mittel hat sie nach der Verfassung nicht. Ein Druck auf die freie feste Ueberzeugung der Abgeordneten und auf das Haus entspricht nicht der Verfassung. Davor warne ich. (Sehhafter Zustimmung rechts.) Eine Auflösung im gegenwärtigen Zeitpunkt würde eine unmögliche Maßregel sein. In der Begründung der letzten von uns angenommenen Regierungsvorlage über die Verlängerung der Legislaturperiode wird ausdrücklich gesagt, daß allgemeine Neuwahlen ausgeschlossen sind, solange Millionen von Wählern draußen im Felde stehen. Unterzeichnet: Drews! (Hört! hört! rechts.) Wie wollte die Staatsregierung es verantworten, diesen Millionen Bürgern in der wichtigsten Frage unseres Staatslebens die Regierung ihrer Meinung unmöglich zu machen. (Sehr wahr rechts.) Trotz alledem will man die Vorlage durchdrücken mit dem Schlagwort der Staatsnotwendigkeit. Ich kenne nur eine Staatsnotwendigkeit (Zuruf links: Die Herrschaft der Konservativen!), das ist die Erhaltung und Fortbildung unseres preussischen Staats. Wie soll es dem Ansehen der Krone dienen, wenn mit Ach und Krach diese Vorlage durchgedrückt wird unter dem Antriebe der Sozialdemokratie. Wir lehnen die Vorlage auch als überzeugte Monarchisten ab, denn sie würde die Grundlage der deutschen Monarchie in der Verfertigung verschwinden lassen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

In dankenswerter Weise hat Dr. Kewoldt sich mit dem Gedanken auseinandergesetzt, was zu geschehen habe, wenn die Regierungsvorlage nicht angenommen wird. Er hat einige Wege als möglich bezeichnet. Ich kann ihm die bestimmte Versicherung geben, daß die Regierung einen dieser Wege beschreiten wird. (Heiterkeit.) Er hat den

Weg der Auflösung

als einen ganz besonders unangenehmen bezeichnet. Auch ich würde es nicht als im Interesse des Landes gelegenen erachten, wenn in der jetzigen Zeit zur Auflösung geschritten werden müßte. Zum Zeugnis dafür, daß dieser Weg unangenehm sei, hat sich Dr. Kewoldt auf eine Rede berufen, die ich seinerzeit in Hannover gehalten habe. Ich kann dem Abgeordneten Dr. Kewoldt versichern, daß ich das, was ich damals in Hannover gesagt habe, vollständig anrecht erhalte. Wenn ich in dieser Rede Kritik geübt habe an der damaligen Staatsregierung, so muß ich heute erklären, daß ich von dieser Kritik nichts zurücknehme, aber meine jetzige Stellung mir verbietet, auf diese Frage näher einzugehen. (Sehr gut! Hört! hört! und Bewegung.) Der Vordredner hat auch weiter die Begründung der Vorlage über der Verlängerung der Legislaturperiode als einen Weg gegen die Vornahme von Neuwahlen herangezogen. Der Minister des Innern hat aber schon darauf hingewiesen, daß dieser Gesichtspunkt allerdings maßgebend sei bei normalen Wahlen, daß aber in einer bestimmten Lage die königliche Staatsregierung natürlich auch das Recht der Auflösung habe. Uebrigens hätten mich solche Ausführungen weniger überrascht, wenn sie von Seiten eines Abgeordneten gekommen wären, die diese für uns alle unerwünschte Eventualität zu vermeiden bestrebt ist. Zu diesen gehört Dr. Kewoldt nicht, er ist einer derjenigen, die am schroffsten der Regierung entgegengetreten sind, in der Kommission wie hier im Hause. (Abg. Dr. Kewoldt: Ich bin gar nicht in der Kommission gewesen! — Hört! hört! und anhaltende Heiterkeit rechts.) Jedenfalls hat er Gelegenheit gehabt, seine Stellung sehr markant darzulegen, und es genügt auch, wenn ich auf die scharfe Kritik in seiner heutigen Rede verweise. (Sehr richtig! links.) Mit seinen ganzen Ausführungen hatte er wohl nur die Absicht, die Regierung zu der Erklärung zu provozieren, ob sie diesen Weg beschreiten wolle oder nicht. Ich kann nur erklären, daß die Staatsregierung

endgültig erst bei der dritten Lesung Stellung nehmen

wird. (Hört! hört! — Zuruf b. d. L. Soz.: Ruhhandel!), denn es kann zwischen der zweiten und dritten Lesung doch wohl eine Verständigung möglich sein, wie bereits der Ministerpräsident angedeutet hat. Daß Dr. Kewoldt diesen Bericht schon von vornherein für aussichtslos erklärt, wird die Regierung nicht beirren können. Der Vordredner hat ziemlich scharf auf die Unwilligkeit hingewiesen, daß bei eventuellen Neuwahlen die im Felde befindlichen Wähler nicht mitwählen können. Das ist gewiß außerordentlich unerwünscht. Aber auch über diese Schwierigkeit muß man im Voraus hinwegkommen. Um so mehr, als Sie mit guten Gründen nicht annehmen können, daß die Regierung der draußen stehenden Wähler es übel nehmen würde, wenn ihnen eine Erweiterung ihrer Rechte zuteil würde. (Sehhafter Zustimmung links); stiefmeßer würden sie es ablehnen, wenn ihnen statt des von der Regierung vorgeschlagenen Wahlrechts ein Pluralwahlrecht aufgedrängt würde. (Erneute Zustimmung links.)

Dr. Kewoldt ist auch darauf eingegangen, daß die Staatsregierung erklärt hat, für die künftige Behandlung der Polenfrage werde es nicht allzuviel ausmachen, ob ein Plural- oder das gleiche Wahlrecht eingeführt werde; also könne sich die Regierung auch mit dem Pluralwahlrecht begnügen. Diesen Satz hat in der ersten Lesung Dr. Schifferer gemacht, durch die Wiederholung wird er nicht besser. (Heiterkeit.) Man darf nicht übersehen, daß die Regierungsvorlage auf einem ganz bestimmten formalen Prinzip beruht, dessen Boden verlassen wird, wenn man das Pluralwahlrecht annimmt. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (b. L. P.):

Zunächst einige Worte über den Grund meines Ausscheidens aus der freikonservativen Fraktion. Meine Freunde waren wohl bereit, mich in der Einzelberatung sprechen zu lassen. Nachdem die §§ 1-3 verbunden worden waren, fiel eine Einzelberatung weg. Nun glaube ich die Reaktion nicht mehr wagen zu dürfen, daß ich von der Tribüne herab als Freikonservativer in der Generaldebatte meine Gründe vortrage. Als freier, seiner Verantwortung bewußter Abgeordneter, habe ich daraus die Konsequenzen gezogen, da ich das Bedürfnis habe, meine Abstimmung vor dem Hause und dem Lande zu begründen.

Ich bin ein unabdingbarer, grundsätzlicher Gegner des gleichen Wahlrechts. (Hört! hört! links.) Ich bin aber trotzdem, unter der Voraussetzung der Einhaltung wirksamer Kautelen bereit, auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu treten. Nach meiner innersten politischen Ueberzeugung halte ich

das gleiche Wahlrecht für unabwendbar.

(Sehr richtig! links.) Für mich handelt es sich nur darum, ob es mit den Konservativen oder gegen uns kommt, ob es ohne Konflikt oder ob es nach und mit Konflikten kommt von einer Tragweite, die gar nicht zu übersehen ist. (Zustimmung links.)

An der Spitze aller Gründe steht für mich der Julierlaß des Königs von Preußen vom 11. Juli v. J., dem ich eine außerordentlich große und hohe Bedeutung beimesse. Der konservative Politiker hat die Pflicht, einem solchen Erlaß eine hohe Bedeutung beizumessen und sich zu überlegen, welches die Konsequenzen sind und welche Wirkungen eintreten, wenn diese Willensmeinung nicht in die praktische Leben übergeführt werden kann. Nach meiner festen Ueberzeugung würden die Wirkungen für die Monarchie geradezu verhängnisvoll sein. (Sehr wahr! links.) Man hat auf die Ablehnung der auch von der Krone gewollten Zuchthausvorlage hingewiesen. Es fällt mir außerordentlich schwer zu glauben, daß es wirklich jemanden geben könnte, der den Julierlaß innerlich mit einer zweckmäßigen Theorie gleichstellte. Nun ist gesagt worden: Einbringen ist nicht Durchbringen. Das ist ein gefährliches Spiel. (Sehr wahr! links.) Wenn man hinter den Kulissen sagt, daß es der Krone nicht mehr ernst sei. Damit begehen Sie ein sehr großes Unrecht am Träger der Krone. (Sehr richtig! links.) Man darf das jetzige Ministerium kleben oder ein anderes kommen, die Krone kann gar nicht anders, als an seine Stelle Männer zu setzen, die gewillt und bereit sind, die gegebene Aufgabe einzulösen. Darin liegt die Bedeutung des Julierlasses, die weit über den Tag hinausgeht.

Was geschieht, wenn die Vorlage abgelehnt wird? Es vertritt sich ganz von selbst.

daß die Regierung gezwungen ist, aufzulösen.

Die Frage ist, wann die Regierung auflösen will. Wahrscheinlich wird die Auflösung erst nach dem Kriege zu erfolgen haben. Glauben Sie dann wirklich, daß das Haus mit dieser Mehrheit wiederkehren wird? Wenn die Autorität der Regierung mit den getragenen Abhängigkeiten auf die Seite des Zentrums und der Linksparteien tritt, dann wird es ganz unweigerlich zu einer anderen Machtverteilung führen. (Zustimmung links.) Die nationalliberale Partei ist ja heute nahezu in zwei Hälften gespalten. Sie wird dann bis zu einem gewissen Grade einheitlich, geschlossen, als eine Fraktion hier einziehen, die nahezu bis auf den letzten Mann auf den Boden des gleichen Wahlrechts tritt. Wenn das der Erfolg der Auflösung ist, dann wird es *vae victis* (wehe den Besiegten) heißen, dann sind wir die Besiegten und haben nicht mehr mitzureden. Dann sind wir nicht mehr in der Lage, diejenigen Kautelen in derjenigen wirksamen Form einzuführen und einzuschalten, wie wir das nach meinem Dafürhalten noch heute können. Für einen schweren politischen Fehler würde ich es halten, wenn die Regierung die Vorlage nicht ins Herrenhaus gäbe. Wie mir gesagt worden ist, sitzen im Herrenhause angelegene Anhänger des Herrn von Hehdebrand, die gewillt und bereit sind, im wesentlichen auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu treten. (Hört, hört!) Ja, Herr von Hehdebrand, das wissen Sie! (Zuruf des Abg. von Hehdebrand.) Wenn Sie das noch nicht wissen sollten, dann — nun ich will keine kostbare Bemerkung machen, dann möchte ich Sie bitten, mit Ihren Freunden im anderen Hause Fühlung zu nehmen. Wenn ein großer Teil der konservativen Partei des Herrenhauses gewillt ist, auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu treten, glauben Sie wirklich, daß Sie dann wirklich bei den kommenden Wahlkämpfen alle wiedergewählt werden? Nehmen wir aber einmal an, die Herren ziehen in alter Stärke wieder in dieses Haus ein. Glauben Sie wirklich, daß dann das letzte Wort gesprochen ist, daß Sie dann bei den nächsten Reichstagswahlen in alter Stärke wieder in den Deutschen Reichstag einziehen werden? Dann würde eine Entwidlung eintreten, die ich nur für das aller schlimmste Verhängnis halten könnte. Die Verhältnisse werden stärker sein als die Menschen. Weiter bestimmt mich zu meiner Haltung die Tatsache, daß die Frage des preussischen Wahlrechts auf die weitesten Arbeiterkreise den denkbar größten Eindruck macht. Wir müssen durchhalten. Wir ahnen nicht, wie lange der Krieg noch dauert, wir ahnen nicht, welches Maß von Not und Entbehrungen das Volk noch tragen muß. (Sehr richtig! links.) Wir alle wissen, daß die große Masse der Bevölkerung in den großen Städten unter Not und Entbehrungen sehr schwer leidet. (Sehr wahr!) Daß Not und Entbehrungen sie viel härter anfaßt als uns auf dem Lande.

Wie sollen Not und Entbehrungen weiter von der großen Masse getragen werden im vierten und bis ins fünfte Kriegsjahr hinein, wenn eine politische Atmosphäre herrscht, die mit daß geschwängert ist?

(Sehr wahr links.) Diese unersenkliche, bedenkliche und bedauerliche Situation wird in der großen Masse von gewissenlosen Agitatoren ausgeschlachtet werden können. (Sehr richtig! links.) Wir stehen doch nach dem Kriege vor beispiellos schweren Aufgaben. Sie können und werden nur gelöst werden, wenn ein Geist der Verantwortlichkeit und der Zusammenarbeit herrscht. Ein derartiges Verständnis unter den bürgerlichen Parteien wird aber nicht zu erzielen sein, wenn nicht in der Frage des gleichen Wahlrechts glatter Tisch gemacht wird. (Sehr richtig! links.) Die Politik, die Sie jetzt treiben, muß von verhängnisvollen Folgen begleitet sein. Wo kommen wir denn hin, wenn wir im Reichstag immer schwächer werden? Wenn es den konservativen Parteien nicht gelingt, auch ihrerseits den großen Massen nahezutreten, wenn nicht auch sie eine Volkspartei in des Wortes wahrster und bester Bedeutung werden, dann sehe ich schwarz für die Zukunft der beiden konservativen Parteien. Wenn Sie ein Pluralwahlrecht annehmen, so ist das nur der Weg zum gleichen Wahlrecht. Das Pluralwahlrecht an sich würde nach diesem Kriege als eine außerordentlich große Ungerechtigkeit empfunden werden. (Sehr richtig! links.) Wenn der Kriegsteilnehmer, der gezwungen ist, von seiner Rente zu leben, nur eine Stimme hat, und wenn der Kriegswanderer, der hinter der Front geessen hat, drei oder vier oder fünf Stimmen hat, so wird das eine ungeheure Erbitterung hervorrufen. (Sehr richtig!) Die Herren von der Sozialdemokratie brauchen dann nur in die Wahlversammlungen zu gehen und zu sagen:

das dankbare Vaterland den Kriegsteilnehmern!

Es würde ein Gefühl des Aufatmens durch das Land gehen, wenn eine Verständigung über die preussische Wahlreform nicht nur unter den Parteien, sondern auch mit der Staatsregierung möglich wäre. Große Unruhe und große Gefahren würden damit ein für allemal beseitigt werden. (Sehhafter Beifall.)

Abg. Dr. Otto (nall.):

Im Namen eines Teiles meiner Fraktion kann ich erklären, daß wir uns auf den Boden der Regierungsvorlage stellen. Die Gründe, die uns zu unserer Stellungnahme bewegen haben, liegen zunächst in der Wirkung, die die königliche Botchaft in dem Rechtsbewußtsein unseres Volkes ausgeübt hat. Wenn der König von Preußen in der ersten Situation seines Reiches, die es vielleicht je gegeben hat, selber erklärt, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht kommen soll, dann wäre eine schwere Erschütterung des monarchischen Gefühls in unserem Volke unvermeidlich, wenn dieses Königswort nicht eingelöst würde.

Es ist unmöglich, gegen den Sinn der Weltgeschichte aufzutreten. Wir wünschen den deutschen Frieden nach außen in dem Sinne, daß unser Volk Gewinn davon trägt. Wir würden aber nichts gewinnen für unser Volk und seine Sicherheit, wenn es uns nicht gelingt, mit dem deutschen Frieden nach außen zugleich

den deutschen Frieden nach innen

zu erreichen. (Beifall.) Wofür kämpfen wir denn eigentlich? Für ein deutsches Volk, in dem jeder einzelne ein wahres Glied der deutschen Volksgemeinschaft ist, die nicht belastet ist mit Sprengstoffen, wie z. B. das Pluralwahlrecht. Verschlehen wir diese inneren Kriegswunde, diese Verwundung der Klassen Deutschlands, dann können wir sicher sein, daß wir kein anderes Ziel der nationalen Sicherungen erreichen werden. Wir wollen ein wirkliches Volk sein im wahren Sinne des Wortes. Der Kampf um unsere nationale Sicherheit wird mit dem Kriege nicht zu Ende sein, sondern erst dann richtig anfangen. Er kann nicht geführt werden, wenn wir nicht die geschlossene innere Front haben. (Sehr richtig! links.) Alle Staatsbürger müssen veranlaßt werden, auf den Boden des Staatsgefühls zu treten. Aus diesen Gründen sind wir genötigt, gegen den Antrag

gegen das Zweistimmenrecht

zu stimmen. Der Antrag würde das Obium einer Halbentscheidung haben. Für uns steht im Vordergrund das wahrhaft königliche Motiv des Vertrauens. Wir sind willens, dieses Vertrauen zu teilen, auch wenn wir als Optimisten gescholten werden. Ich glaube keinesfalls, daß diese königliche Botchaft nur erlassen wurde, weil ein schwankender Minister sich von seinem Ministerstuhl nicht trennen wollte. Das ist durchaus unrichtig. Die Hauptsache war das Vertrauen zum Volke. (Sehr richtig!) Das zeitgemäß Notwendige muß man im richtigen Augenblick und in genügendem Maße tun. Dann wird Beruhigung eintreten. Wie kann den Unruhen aus den Seelen genommen werden. Rechtzeitig gegebene Konstitutionen haben noch immer konservativ gewirkt. Darum sind wir für das gleiche Wahlrecht jetzt und immerdar. (Beifall links.) Wir dürfen das um so mehr wagen, als starke Sicherungen vorgezogen sind: eine kraftvolle Monarchie, die verankert ist in der Treue, im Glauben und Gefühl des Volkes; das verbreitete Verantwortlichkeitsgefühl und die alte historische Wahlkreiseinteilung. Wenn wir uns auf den Boden der Regierungsvorlage stellen, so tun wir es nicht in müder Resignation (Sehr gut! links); wir sagen nicht, es geht ja gar nicht anders, sondern die meisten von uns treten infolge ihrer Erfahrungen im Laufe der Entwicklung freudig und frei auf den Boden der königlichen Botchaft. Wir tun es in der unerschütterlichen Gewißheit, daß auf diese Weise Preußens Größe nicht gebremst, sondern gefördert wird, und wir tun es in dem Glauben und Stolzesgefühl, daß jetzt von der Regierung eine Vorlage eingebracht worden ist, die hervorgebracht und getragen ist von dem Geist des nationalen Liberalismus, der Ursprung, Geschichte, Größe und Vergangenheit unserer Partei bestimmt hat, und, wie ich zuversichtlich hoffe, ihre Zukunft bestimmen wird. (Sehhafter Beifall und Handklatschen links.)

Abg. v. d. Osten-Warnitz (L.):

Der Eindruck der Verhandlungen in den letzten Tagen war kein erhebender. Man hat den aus innerster, ernstlicher Ueberzeugung geborenen Antrag des Grafen Spee als Satyrspiel bezeichnet. (Sehhafter Beifall rechts. — Zwischenrufe der Volkspartei.) Wenn der freisinnige Redner uns vorgeworfen hat, daß unsere Haltung bestimmt sei durch

Furcht vor dem Verluß unserer Machtstellung,

so wird unter meinen Parteifreunden als Ehrverletzung empfunden, wenn unserer Partei in dieser ernstesten Not des Vaterlandes derartige selbstsüchtige Motive unterstellt werden. Lokal ist das nicht. (Stürmische Zustimmung rechts.) Entgegen einem langjährigen Brauch des Hauses hat Dr. Sachse meine im Ausschuss gegebene Versicherung, das Volk sei politisch nicht reif, unter Namensnennung des Redners und aus dem Zusammenhang gerissen, hier wiedergegeben.

Der Julierlaß ist gedacht durch den damaligen Ministerpräsidenten, und wenn wir aus sachlichen Bedenken zu einer anderen Entscheidung gelangt sind, so versuchen wir damit keineswegs gegen die Ehrfurcht der Krone, sondern erfüllen lediglich unsere beschworene Pflicht. Nach sicherer Information irrt Herr v. Nordhoff, wenn er meint, daß der Erbe der Krone vor dem Julierlaß über dessen Art und Weise informiert gewesen sei (Hört! hört!), er hat erst nachher von diesem Erlaß Kenntnis erlangt. (Hört! hört!) Wir sind überzeugt, daß die Ablehnung der Vorlage eine sehr viel geringere Wirkung für die Monarchie haben wird als ihre Annahme hätte. Deshalb halten wir es für durchaus angebracht, an den besser unterrichteten König zu appellieren. Unter dem Schlagwort „Vertrauen zum Volke“ kann man sich alles Mögliche denken. Das gleiche Wahlrecht wäre ein Geschenk für unser Volk, das noch nicht genug politisch geschult ist. Der hochsinnige Idealismus unseres Volkes, der von der Ministerbank bis zum einfachen Manne reicht, ist eine glänzende Tugend, aber auch eine furchtbare Gefahr. Der Idealist fällt leicht auf die Nase. Man sagt, das gleiche Wahlrecht entspräche dem Wunsch des allgemeinen Volkswillens. Der Volkswille kann auch irren, namentlich wenn er agitatorenisch aufgepeitscht wird. Einer sehr geschickt geleiteten Presse ist es gelungen, eine scheinbare Volksstimmung zu erzeugen. Unseren Fronttruppen stehen wirtschaftliche Dinge viel wichtiger als das gleiche Wahlrecht. Nach dem Kampf wollen sie Frieden und ein Heim haben. Durch das gleiche Wahlrecht würden wir nach dem Kriege eine derartige

Ueberslutung mit der Sozialdemokratie

bekommen, daß wir eine absolute Mehrheit von Sozialdemokraten, Polen, Dänen und Belfen hätten. Das gleiche Wahlrecht wird als Mittel zum Zweck benutzt, um die politische Macht zu erlangen und weil es den Klassenkampf der Arbeiter zu fördern geeignet ist. Die Annahme der Vorlage würde nicht Ruhe im Innern schaffen. Der Auffassung, das gleiche Wahlrecht sei eine innere Notwendigkeit, gegen die jeder Widerstand vergeblich wäre, muß ich auf das entschiedenste widersprechen. Eine andere Entwicklung ist sehr wohl denkbar, wenn sich ein entschlossener Staatsmann findet, der ihr die Wege weist. Der Minister des Innern irrt, wenn er meint, ein Scheiternlassen der Vorlage bedeute die beste Förderung der Sozialdemokratie. Tatsächlich erblickt die Sozialdemokratie die beste Förderung im gleichen Wahlrecht, sonst würde sie nicht so dafür eintreten. Ueber die Wirkung des Antrags Lohmann sind sich meine Freunde noch nicht recht klar. Interessant war jedenfalls, daß auch dieses Entgegenkommen von der Regierung mit einem glatten Unannehmbar beantwortet worden ist. Die Regierung steht scheinbar auf dem Standpunkt: Frik, Vogel, oder Frik! (Heiterkeit.) Man spricht immer von den Segnungen der Demokratie. Frankreich ist durch die Demokratie verurteilt worden; die christlichen Mächte der Nachkriegszeit sind unterdrückt worden durch die Erziehung zum Haß. Und auch bei uns vertreten die Sozialdemokraten den Klassenkampf, d. h. den Klassenhaß. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und demokratische Wähler, wie das „Berliner Tageblatt“, tragen die schwere Schuld, daß sie durch ihre Haltung im Ausland völlige Unkenntnis über die wirklichen deutschen Verhältnisse und damit im Auslandes dies Maß von Haß hervorgezogen haben, durch das der Krieg ins Ungemessene verlängert wird. (Große Unruhe links.) In den schwersten Zeiten des Krieges ist uns die demokratische Presse in den Rücken gefallen. (Heftiger Widerspruch links. — Zurufe: „Alldemokratische Blätter!“) Wir ist es nicht angenehm, in dieser Zeit scharfe Worte zu sprechen. (Lachen links.) Aber sollen wir etwa stillhalten und alles über uns ergehen lassen? (Heiterkeit links.) Unser Heer besteht aus allen Eilanden, auch unsere Söhne opfern ihr Alles für das Wohl des Vaterlandes. Auch sie verdienen einigen Dank und einige

München im politischen Leben. (Schlussheft rechts, Seiten links.)

Ein Antrag auf Schluss der Aussprache wird gegen die Linke angenommen. Als Redner waren noch gemeldet die Abgeg. Dr. Borjch (Z.), Traub (Wid), Kango (Sp.) und Sze (Soz.)

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Dr. Wahnke (Sp.) stellt aus dem Ausschussbericht fest, daß der Abg. v. d. Osten im Ausschuss erklärt habe, daß das Volk noch nicht politisch reif sei. Jeder sollte zu seinen Worten stehen.

Abg. Sze (Soz.): Herr v. d. Osten hat als Lehrer das Wort ergriffen, damit wir ihm nicht mehr antworten können. Das kennzeichnet seine Kampfesweise.

Abg. v. d. Osten (L.): Man hat meine Worte aus dem Zusammenhang gerissen. Ich weise es entschieden zurück, als ob ich nicht zu meinen Worten siehe.

Die Abstimmung.

Am 3 Uhr nachmittags soll dann zur Abstimmung geschritten werden. Zunächst soll über die §§ 1 bis 3 abgestimmt werden.

Abg. Vredt (H.) beantragt, die Abstimmung über die §§ 1 bis 3 auszusetzen, bis sein Antrag, wonach zur Abänderung der Bestimmung und der Wahlrechtsbestimmungen, sowie der Bestimmungen über das Gemeindefinanzrecht eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich sein soll, verhandelt worden ist.

Abg. Dirsch (Soz.) bittet um Ablehnung dieses Antrages.

Abg. v. Heidebrand (L.): Auch wir sind nicht für diesen Antrag. Dafür ist es jetzt zu spät. Der Antrag kann ja noch bei der dritten Lesung vorgebracht werden. Jetzt müssen wir zur Entscheidung kommen.

Abg. Dr. Wahnke (Sp.): In dieser Frage bin ich mit Herrn v. Heidebrand ganz einig. (Heiterkeit.)

Abg. Adolf Hoffmann (H. Soz.): Auch ich befinde mich mit Herrn v. Heidebrand in vollkommener Uebereinstimmung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schröder-Raffel (natl.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag.

Abg. Lüdicke (H.): Die große Mehrheit meiner Freunde wird gegen den Antrag Dr. Vredt stimmen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Vredt zieht darauf seinen Antrag zurück.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Auch Dr. Friedberg begibt sich auf seinen Abgeordnetenplatz.

§ 1 bestimmt, daß wahlberechtigt jeder Preuze ist, der 25 Jahre alt und seit wenigstens drei Jahren staatsangehörig ist.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts und Herabsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre wird abgelehnt. Für das Frauenstimmrecht stimmen mit den Antragstellern einige Fortschrittler. Ein fortschrittlicher Antrag, der die Erlangung des Wahlrechts durch Fortfall der Preiße für die Staatsangehörigkeit erleichtern will, wird abgelehnt. § 1 wird unverändert angenommen.

§ 2, der feststellt, wer von der Wahlberechtigung ausgeschlossen ist, wird angenommen.

Das gleiche Wahlrecht.

Der entscheidende § 3 bringt in der Ausschlußfassung die Möglichkeit von sechs Zusätzlichen. Dazu liegt der Antrag Lohmann (natl.) vor, der ein Zweitstimmrecht vorstelt. Ein Antrag Braun (Soz.) fordert Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die im § 3 lautete: Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Abstimmung über das gleiche Wahlrecht ist namentlich.

Zunächst wird abgestimmt über den Antrag Lohmann. Er wird mit allen gegen etwa 30 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten mit dem Antragsteller ein Teil der Nationalliberalen, 8 Zentrumsabgeordnete, unter ihnen der Abg. Graf Spee, ferner 2 Freikonservative und der Abg. v. Kardorff.

Die namentliche Abstimmung über den § 3 der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) ergab die

Ablehnung des gleichen Wahlrechts.

Es wurden im ganzen 422 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 183 Abgeordnete, mit Nein 235. Der Abstimmung enthielten sich 4 Abgeordnete. Der

Präsident Graf Schwerin-Bwitz erklärte darauf:

§ 3 der Regierungsvorlage ist also abgelehnt! (Abgeordneter Hoffmann (H. S.): Feldgraue und Munitionsarbeiter hört! — Unruhe.)

Gegen das gleiche Wahlrecht stimmen die Konservativen nahezu geschlossen. Nur ihre beiden Hospitanten Wallbaum (natl. Soz.) und Salgaal (Lit.) stimmten dafür. Auch die große Mehrheit der Freikonservativen stimmte dagegen. Die Hälfte der Nationalliberalen unter Führung des Abgeordneten Lohmann stimmte ebenfalls dagegen. Zu den Gegnern traten noch 15 Zentrumsabgeordnete.

Für das gleiche Wahlrecht stimmten geschlossen die Fortschrittler, ferner die Sozialdemokraten, auch die Unabhängigen Sozialdemokraten, ferner die Polen, die große Mehrheit des Zentrums und die Hälfte der Nationalliberalen.

Für das gleiche Wahlrecht stimmten von den Nationalliberalen: Andres, Blantenburg, Wochstein, Büchting, von Bülow, Dämbling, Dumrath, Hint, Dr. Friedberg, Frick, Dr. Görd, Gottschalk, Dr. Grund, Hagemeister, Herwig, Heine, Keil, Knobloch, von Krause, Krüger, Lieber, Piepmann, Lufas, Ludwig, Meyer-Diepholz, Meyer zu Jerndorf, Otto, Reichert von Nischoten, Schiffer, Dr. Schröder, Cassel, Wachhorst de Wente, Dr. Wendland;

von den Freikonservativen: Dr. Arendt, Dr. Vredt, von Kardorff.

(Herr v. Jedlig setzte bei der Abstimmung.)

Gegen das gleiche Wahlrecht stimmten von den Nationalliberalen: Althoff, Bademeister, Bartling, Bemer, Voigt, Dr. Cremer, Plathmann, Fuhrmann, Fürbringer, Harmann, Dirck-Elfen, Randler, Knipe, Kämer, Dr. Levy, Dr. Lohmann, Macco, Rathies, Menzel, Nöbling, Schifferer, Schwendendick, Schweighöfer, Westermann, Wiersdorff, Wohlseh; vom Zentrum: Dr. Brodmann, Graf Droste-Bißering, Edelshammendorf, Fleuser, Gratz, von dem Hagen, Graf Heintell, v. Donnermarkt, Herr. v. Loß, Lorenz, Reinhard, Herr. v. Reitzenstein, Graf Strackwitz, Graf Spee, Herr. v. Wolff-Metternich, Graf Zietzen.

Der Stimme enthalten haben sich vom Zentrum: Frigen, Underberg, Dr. Wönicke, Blum.

Unter allgemeiner großer Erregung schritt man dann zur Abstimmung des § 3 in der Ausschlußfassung, die das Pluralwahlrecht verleiht. Auch diese Abstimmung ist namentlich.

Das Pluralwahlrecht wurde mit 232 Stimmen gegen 183 bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Parteien stimmten in derselben Weise wie beim gleichen Wahlrecht.

Darauf vertagte sich das Haus. Freitag 11 Uhr Weiterberatung. Schluss 1/5 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Schwarze Listen für Arbeiterinnen der Kriegsindustrie.

Unglaublich ist es geradezu, wie heute die Unternehmer der Kriegsindustrie gegen jeden Arbeitswechsel geschlossen auftreten, um die zumteil damit verbundene Verringerung von Arbeitern und Arbeiterinnen zu unterbinden. Bisher waren uns nur derartige Listen gegen unselbständig gewordene männliche Beschäftigte bekannt, jedoch sprechen die Unternehmer nicht davor zurück, nunmehr diese ungesetzlichen Zwangsmassnahmen auch auf die weiblichen Arbeitskräfte auszudehnen.

Wie uns aus Kreisen berichtet wird, erschienen in der dortigen Redaktion unseres Parteiblattes zwei Arbeiterinnen und erklärten folgendes: „Wir waren seit fast einem Jahre in der Maschinenfabrik Sittig, Gladbacher Straße, beim Granatendrehen beschäftigt. Da uns die Nachsicht wegen Krankheit nicht mehr zugute — sogar einer der beiden dieselbe ärztlich verboten war — kündigt uns unser Arbeitsverhältnis mit 8 Tagen auf. Wir erhielten von der Firma eine Bescheinigung, daß wir bei ihr gearbeitet hätten und regelrecht ausgetreten seien. Nach dem Austritt des Samstags gingen wir bereits am folgenden Montag bei der Firma Hud, Maschinenfabrik, am Oberplatz, an zu arbeiten. Da war die Arbeit viel leichter, weil wir da nur an Zündern beschäftigt wurden, die uns mit Rücksicht auf unseren Ernährungszustand auch besser bezahlte. Wir waren erst einige Stunden beschäftigt, als der Geschäftsinhaber Herr Hud kam und uns erklärte, wir müßten das Arbeitsverhältnis aufgeben, da er uns laut eines Kundenscheins nicht beschäftigen dürfe. Die Firma Sittig habe sich mit ihm telephonisch in Verbindung gesetzt. Auch würden wir in einem anderen Betrieb keine Arbeit erhalten, weil der Wechsel der Arbeitsstellen verboten sei. Wohl oder übel mußten wir den Betrieb Hud wieder verlassen, und sind somit außer Arbeit und können unsere noch vorhandenen Arbeitskräfte dem Vaterland nicht mehr zur Verfügung stellen.“

Das hier geschilderte Vorgehen der Unternehmer bedeutet eine Provokation der Arbeiterschaft. Nicht allein, daß den männlichen Arbeitskräften durch Verweigerung des Arbeitswechsels jeder Stellungswechsel und damit eine Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses unmöglich gemacht wird, sucht das Unternehmertum das System der schwarzen Listen nunmehr gegen weibliche Arbeitskräfte anzuwenden. Mit welchem Recht unterbinden die Unternehmer den freien Arbeitswechsel der Arbeiterinnen? Gegen diese Unternehmervillkür mit den entscheidendsten Maßnahmen vorzugehen, ist schon im Interesse des geregelten Fortganges der Kriegsindustrie erforderlich. Sache des Schlichtungsausschusses wird es sein müssen, diesem nachgerade gemeingefährlichen Vorgehen der Unternehmer Einhalt zu gebieten.

Parteinachrichten.

Stillstand der Unabhängigen.

Während die kampferprobten Organisationen und Mäpfer der sozialdemokratischen Partei aus allen Teilen eine allmähliche Ueberwindung der Kriegswirkungen, an einigen Orten sogar ein sprunghaftes Wachstum melden, kommen die sogenannten Unabhängigen immer tiefer in den organisatorischen Stillstand. Selbst in der Hauptversammlung des Wahlvereins ihrer stolzen Hochburg (18. sächsischer Reichstagswahlkreis) fehlten alle Jubeltöne. Kein einziges Zeugnis einer besonderen organisatorischen Verdienste wurde vorgetragen. Der Vorsitzende Scheit führte aus:

„Zum viertenmal während des Weltkrieges und zum erstenmal seit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie beschäftigt uns heute der Jahresbericht des Vereins. Wir haben schon im vorigen Halbjahre berichtet, daß wir die nicht zahlenden Mitglieder aus der Liste gestrichen haben, dadurch ist ein Rückgang in dem Mitgliederbestand eingetreten. Ein Teil des Mitgliederabgangs ist zurückzuführen auf die schwierigen Lebensmittelvehältnisse. Dazu kommt, daß der Krieg im allgemeinen abtumpft. Unsere Aufgabe wird es sein, dieser Gleichgültigkeit entgegenzuarbeiten, zumal die Arbeiterschaft schwere politische und wirtschaftliche Kämpfe zu erwarten hat.“

Ueber die „Leipziger Volkszeitung“ wurden keine genauen Aufzählungsziffern gegeben:

„Der Abonnentenstand der „Leipziger Volkszeitung“ hat eine erfreuliche Zunahme erfahren, dadurch wird bewiesen, daß die Unabhängigen Sozialdemokratie wächst. Auch das finanzielle Ergebnis der Zeitung ist gut, trotzdem das Inseratengeschäft zurückgegangen ist.“

Die andere Erfolge können der „Vorwärts“, die „Rheinische Zeitung“, die „Breitener Volksmacht“, die sächsische „Vergewalt“ aufweisen! Hier folge Ziffern eines unaufhaltsamen Fortschritts, dort verlegene Allgemeinheiten.

Auch im achten sächsischen Kreis leiden die Unabhängigen an galoppierender Schwindsucht. Am vergangenen Sonnabend fand für die stärkste unabhängige Gruppe des Kreises, Mügeln-Heidenau, die Jahreshauptversammlung statt. Trotz eifrigster Agitation waren nur 14 Personen erschienen. In Friedenszeiten zählte der 8. Kreis rund 4000 Parteimitglieder. Die Beitragsleistung war eine ausgezeichnete. Heute zählt dieser Kreis nur noch einige Hundert unabhängige Mitglieder: die Gesamteinahme des Kreises beträgt 1100 M. Von Parteileuten kann keine Rede mehr sein, trotzdem sich die unabhängige „Birnaer Volkszeitung“ die ehrenlichste Mühe gibt, die Sache der Unabhängigen hochzuhalten. Auch bezüglich des Abgeordneten Wähle ist nunmehr das eingetreten, was man der dortigen Arbeiterschaft bereits vor Jahren prophezeit hat. Wähle, der früher einen jeden, der nicht unbedingt auf seine Theorie schwor, als Verräter an der heiligen Sache der Arbeiterschaft bezeichnete und mit demagogischen Aniffen lächerlich zu machen versuchte, wurde zu obiger Gruppenversammlung eingeladen, erschien aber nicht. Statt dessen ließ er der Kreisleitung eine Mitteilung zugehen, wonach er „die Parteigenossen zwar nicht in ihrer Arbeit fördern wolle, es aber ablehne, persönlich in seinen Wahlkreis zu kommen, da er sich mit Politik nicht mehr beschäftigen wolle“. Daß diese Mitteilung Wähles wie ein kalter Wasserstrahl auf seine Schildhalter wirkte, ist wohl nur zu verständlich. Es gab eine Zeit, wo die „Birnaer Volkszeitung“ grobe Erklärungen des Kreisvorstandes brachte, wonach dieser unbedingt auf Wähle schwor und gelobte, unter allen Umständen der Führung Wähles Gefolgschaft zu leisten. Und heute? Der 8. Kreis ist ein einziger Trümmerhaufen, kein Abgeordneter steht auf seinem Amweilen in der Muldaer Sommerfrische und überläßt die Arbeiterschaft in der schwersten Zeit einfach ihrem Schicksal.

Die Wahlversammlungen der Unabhängigen im Weidauer (18. Reichstagswahlkreis) sind durchweg schlecht besucht. Die „Volksversammlung“, die sie am Sonntag in Weidau abhielten und in der Seger-Leipzig sprach, war, genau gezählt, von 78 Personen besucht. Für den unabhängigen Abgeordneten Henke, der am gleichen Tage in Weidau in einem großen Saale sprach, interessierten sich knapp 100 Personen. In Königswalde ludte Herr Dr. Kurt Gepp ein reichliches Duzend Zuhörer an, in Franzen konnte die unabhängige Versammlung nicht abgehalten werden, weil einfach niemand erschienen war. Das ist an einem Tage reichlich viel Pech und zeigt schlagend, daß die Masse der Arbeiter keine große Neigung hat, sich die Redner einer Partei anzuhören, die die Einheit der deutschen Arbeiter in der schweren Zeit gepredigt hat, wo diese Einheit und Geschlossenheit im lebensnotwendigen Kampfe gegen die Volksfeinde doppelt notwendig ist.

Tödlicher Unfall des Genossen Schortgen. Der Vorsitzende der lungenburgischen Sozialdemokratie, Genosse Schortgen, Bergarbeiter von Beruf, ist am 1. Mai durch Arbeitsunfall tödlich verunglückt.

Lily Brauns Sohn gefallen. Der einzige Sohn der im Jahre 1916 verstorbenen Genossin Lily Braun aus ihrer Ehe mit Dr. Heinrich Braun, Otto Braun, ist am 29. April als zwanzigjähriger Leutnant auf einem Schlachtfeld des Westens gefallen. Er war im August 1914 freiwillig ins Feld gegangen, wurde verwundet und kehrte nach seiner Genesung wieder an die Front zurück. Er hat trotz seiner Jugend zahlreiche profanische und poetische Schriften hinterlassen, die seine außerordentliche Begabung erkennen lassen. Mit ihm sinkt wieder eine Hoffnung in die Massengräber des Krieges!

Industrie und Handel.

Die englische Steuerkraft.

London, 1. Mai. Die ganze im diesmaligen Staatshaushalt enthaltene Summe beträgt 842 Millionen Pfund (16,84 Milliarden Mark). Das Unterhaus nahm alle erforderlichen Entschlüsse nach kurzer und ruhiger Diskussion an. Die Zucksteuer wurde mit 141 gegen 56 Stimmen angenommen. Auch den anderen Steuererhöhungen wurde nach kurzer Debatte zugestimmt.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht eine sehr übersichtliche Darstellung des Entwicklungsganges der englischen Kriegskosten. Da das Reichsfinanzamt mit der Vorlage des vergleichenden Materials über die Steuererhöhung der kriegführenden Länder zögert, so kommen diese Ziffern sehr zu recht:

	1. 8. 1914	1915/16	1916/17	1917/18	Zuf. in 44 Kriegsmon.
Steuereinnahm.	171,76	236,77	273,43	207,23	1789,19
Darlehen	404,09	1164,52	1625,55	1983,58	5178,63
Zusammen	576,75	1501,29	2198,97	2890,82	6067,82
dabon an:					
Kolonien	88,00	59,00	83,00	180,00	
Verbündete	288,00	589,00	487,00	1264,00	

Von den 7 Milliarden Pfund (140 Milliarden Mark) Kriegskosten ist also mehr als ein Viertel durch Steuern gedeckt worden, die deutsche Kriegsanfinanzierung tut sich nicht ohne Recht viel darauf zugute, daß ihr die Aufbringung großer Beträge langfristiger Kriegsanleihe gelungen ist; aber die Engländer haben durch Anleihen und Steuern einen ähnlich hohen Betrag aufgebracht, ohne aber die Zukunft in gleicher Weise vorzubelasten.

Wenn die englischen Kriegskosten mit 140 Milliarden Mark höher als in Deutschland scheinen, wo die bewilligten Kredite 124 Milliarden ausmachen, so darf nicht vergeffen werden, daß der englische Staatshaushalt Ausgaben einschließt, die in Deutschland den Bundesstaaten zufallen und in den Anleihen an Kolonien und Verbündete gewisse Aktiven hat, deren „innerer“ Wert freilich weit unter ihrem Nennwert liegt.

Soziales.

Stellungnahme der „Deutschen Staats-Handwerker- und Arbeiter-Gemeinschaft“ zum Arbeitskammergesetz.

Die der „Deutschen Staats-Handwerker- und Arbeiter-Gemeinschaft“ angeschlossenen Verbände der Eisenbahn- und Militärbetriebe haben in einer gemeinsamen Konferenz beschlossen, sich an die Vorstände der Reichstagsfraktionen zu wenden, um die rechtliche Gleichstellung aller Staatsarbeiter in das Arbeitskammergesetz zu erwirken. Nachfolgende Entschlüsse sind einstimmig angenommen:

„Die am 1. Mai tagende Vorhändlerversammlung der der „Deutschen Staats-Handwerker- und Arbeiter-Gemeinschaft“ angeschlossenen Verbände begrüßt den vorliegenden Entwurf des Arbeitskammergesetzes insofern, als der § 6 die Einbeziehung der gesamten Reichs- und Staatsarbeiterschaft vorseht.

Andererseits muß aber ausgesprochen werden, daß der vorliegende Entwurf zugleich eine große Enttäuschung für genannte Kreise bedeutet, indem der § 13 geeignet ist, einen erheblichen Teil der sich aus § 6 ergebenden Vorteile wieder aufzuheben.

Die vorgesehene Umbildung der Arbeiterausschüsse in den Staatsbetrieben zu Arbeitskammern kann keineswegs als im Interesse der Staatsarbeiterschaft liegend angesehen werden, weil eine Reihe sehr wesentlicher Rechte in der Zusammensetzung der Vertretung von vornherein ausgeschlossen würden.

Wir fühlen uns deshalb veranlaßt, mit allem Nachdruck und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für besondere Staatsarbeiterkammern, in dem Maß, sowie auf gleicher Grundlage wie für die Privatarbeiterschaft vorsehen, einzutreten.“

Die vorstehende Forderung nach besonderen Staatsarbeiterkammern würde insofern der Tendenz des vorliegenden Regierungsentwurfs entsprechen, als sie auch eine besondere berufliche Vertretung der Staatsarbeiter schaffen würde. Wie wir schon in unserem Leitartikel in Nr. 113 des „Vorwärts“ betonten, ist die rein berufliche Vertretung der Arbeiter überholt. Auch die Staatsarbeiter müssen in rein territorial gestrichelten Arbeitskammern eingereiht werden. Keine Staatsarbeiterkammern würden den Interessen der fraglichen Arbeitergruppen nicht so wirksam dienen können wie das in allgemeinen Arbeitskammern der Fall sein würde.

Verantwortlich für Inhalt: Erik Antner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Wilco Gabel, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin; Berlin: Verlagsanstalt „Der Vorwärts“, Berlin. Druck: Verlagsanstalt „Der Vorwärts“, Berlin. Verlagsanstalt „Der Vorwärts“, Berlin. Verlagsanstalt „Der Vorwärts“, Berlin. Verlagsanstalt „Der Vorwärts“, Berlin.

Die Wissenschaft der ganzen Welt für 5 Pfennig tägliche Ausgabe.

Bildung befreit und führt zu Ansehen, Reichtum und Macht.

„Welt und Wissen“ ist ein großes Universalwerk, welches in leichtverständlicher interessanter Weise sämtliche Wissenschaften der ganzen Welt in Wort und Bild behandelt. Damit dieses wertvolle Werk von jedermann angeeignet werden kann, bedarf es nur einer täglichen Rucklage von 5 Pf. Jeder, der „Welt und Wissen“ noch nicht kennt, verlange sofort ein Probeheft gratis.

Aus folgenden Wissenschaften bringt „Welt und Wissen“ Tausende von illustrierten Abhandlungen:

- 1. Länderkunde. 2. Völkertunde. 3. Tierkunde. 4. Pflanzenkunde. 5. Mineralkunde. 6. Gesundheitslehre. 7. Physik. 8. Chemie. 9. Technik. 10. Flugtechnik. 11. Mikroskopie. 12. Naturgeschichte. 13. Elektrotechnik. 14. Photographie. 15. Kulturgeschichte. 16. Landwirtschaft. 17. Bauwesen. 18. Haushalt. 19. Wirtschaftslehre. 20. Erdkunde. 21. Rechtswissenschaft.

Die Vielseitigkeit kennzeichnen einige Beispiele: Gebanungen d. Gebanungen. Raht im Unterseeboot. Der Wille u. dessen Vermaß. Die Fernphotographie. Sind Gedanken übertragbar? Das Luftautomobil. Jeder erhält jeder Hefters jeweils nach Bestgabung eines Bandes von „Welt und Wissen“ 1 Band der illustrierten Hausbibliothek gratis.

Entscheiden V. Verlag „Welt und Wissen“ Berlin-Schöneberg, Am Carl 11. Ich erlaube hiermit um Zustellung eines Probeheftes von „Welt und Wissen“. Name: Ort: